

Fünfzig Jahre Gysi

Telefonate mit Gorbatschow, ein Parteiprogramm und eine Prophezeiung für das Jahr 2039. Seite 18

Eine Woche Besserwessi

Als eine »Rote Socke« den Ossis in der Niederlausitz die Marktwirtschaft beibringen sollte. Seite 24



Merkels erster Wahlkampf
Fischer auf Rügen konnte sie
1990 nicht beeindrucken.
Ihrer politischen Karriere tat
das keinen Abbruch. Seite 19

Foto: dpa/Holger Hollemann

www.neues-deutschland.de

Freitag/Sonnabend/Sonntag, 2./3./4. Oktober 2015

WOCHEN
nd



25 Jahre sind genug

Es ist überfällig, es lobpreist und applaudiert ohnehin nur noch der politisch-mediale Betrieb: sich selbst. Und es gibt für die meisten auch gar keinen Grund, an dieser gedenkpolitischen Verzerrung festzuhalten: Der 3. Oktober ist der falsche Feiertag.

Das geht schon beim Datum los: Mit dem Beginn des 3. Oktober 1990 ging die DDR als Völkerrechtssubjekt unter, verschwand ein ganzer Staat mit allem drum und dran. Das hatte seine Gründe – aber indem das Gedenken auf jenes Datum gelegt wurde, das den Ausgang der Geschichte markiert, wurde zugleich die Erinnerung an das Aufbegehren in der DDR an den Rand gedrängt, heute wird es meist sogar völlig zum Verschwinden gebracht.

Der 3. Oktober ist zu einem Jahrestag der Sieger der Geschichte mutiert, zu einem Schulterklopf-Anlass für Profiteure, zu einem wiederkehrenden Moment der Selbstvergewisserung derer, die in jenem Wendeherbste anderen, mutigen, denen, die eine Alternative wollten, das Heft aus der Hand nahmen. Einerseits.

Andererseits ist der 3. Oktober auch zu einem großen Tag der politischen Entlastung von schlechtem Gewissen geworden. Politiker wiegen dann regelmäßig und sorgenvoll die Köpfe darüber, dass die Lebensverhältnisse, die anzugleichen ihre Aufgabe ist, noch immer nicht angeglichen sind: »Vor uns liegt noch ein harter Weg«, »Es bleibt noch eine Menge zu tun«. Die armen Politiker! Einmal im Jahr haben sogar die Ostbeauftragten etwas zu sagen, und es wird mit generöser Geste daran erinnert, dass Biografien auch schon vor jenem 3. Oktober 1990 existiert haben. Sogar im Westen!

Es ist schon einmal darüber diskutiert worden, den 3. Oktober als Feiertag aufzugeben. Der Anstoß kam von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung – und mit der denkbar falschesten Begründung: Gerhard Schröders Finanzminister Hans Eichel wollte das staatsfizielle Erinnern an die »Wiedervereinigung« auf den ersten Sonntag im Oktober verlegen, weil durch einen zusätzlichen Lohnarbeitstag Steuermehreinnahmen zu erwarten sind. Wenn man so will: Die SPD wollte das einzig Gute am 3. Oktober einsparen, dass nämlich viele Leute nicht ins Büro oder an die Werkbank müssen.

Woran wäre stattdessen zu erinnern? Zum Beispiel an die bis heute unabgeholtenen Versprechen einer bunten DDR-Opposition, die sich doch zumindest darin einig war, dass es zur SED nicht bloß die Alternative BRD gab. Zum Beispiel an die Debatten über eine neue Verfassung, mit der nicht nur etwas auf Augenhöhe geschaffen worden wäre, sondern auch mit einer ganz anderen demokratischen Legitimation. Zum Beispiel an die kurze Zeit, in der noch nicht alles auf diesen 3. Oktober zulief. Jenen Tag, an dem die offenen Fenster zugeschlagen wurden. Indem man ein ganzes Haus abriß. tos

Wessen Einheit?

»Überall liegen Scherben herum. Deutschland ist geeint.« Das waren die Worte, mit denen Helmut Kohls Berater Horst Teltschik sein Tagebuch der Wiedervereinigung beendete. Wiedervereinigung? Wie Gregor Gysi die Einheit erlebte, warum Angela Merkel mächtig wurde und was aus den Waffen der NVA wurde: ein »nd« zum 3. Oktober. Seiten 17 bis 27

Foto: Ostkreuz/Ute Mahler

»Unter sozialistischer Marktwirtschaft konnten die sich nichts vorstellen«

Gregor Gysi über das Jahr 1990, Telefonate mit Gorbatschow und was Angela Merkel im November 2039 über den Linkspolitiker sagen wird

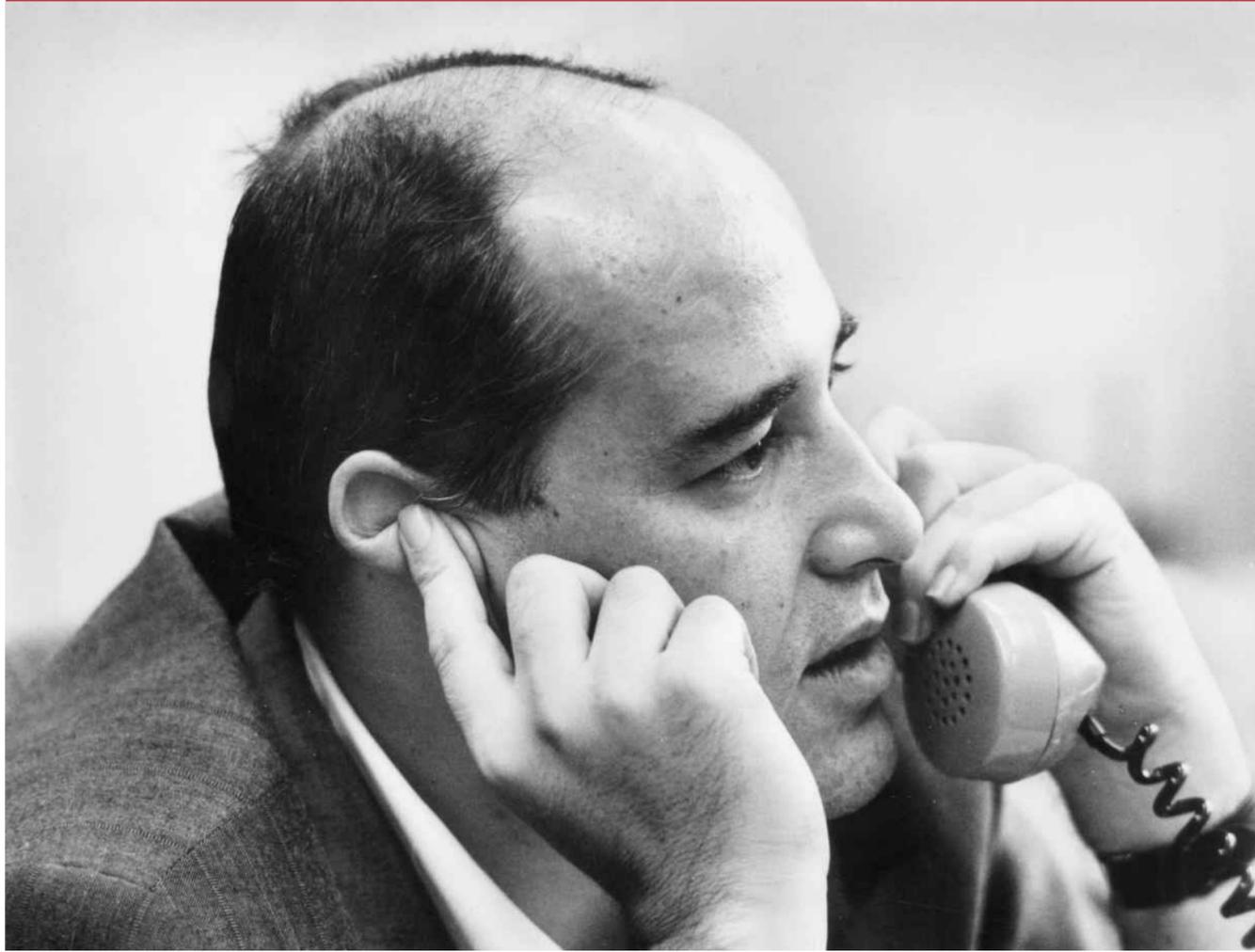


Foto: nu/Schmittke

hatten relativ viele Gäste aus Frankreich, Belgien und Großbritannien. Da gab es zum Beispiel einen Briten, der großen Wert darauf legte, kein Engländer, sondern Schotte zu sein, das hat er mir erklärt. Dadurch habe ich Dinge erfahren, die andere nicht mitbekommen konnten.

Ich bin kürzlich einmal gefragt worden, in welchem Staat ich geboren bin. Und meine Antwort lautete: »Weiß ich nicht.« Meine Eltern wohnen zum Zeitpunkt meiner Geburt, 1948, in Berlin-Nikolassee. Geboren wurde ich aber im Oskar-Ziethen-Krankenhaus in Lichtenberg. Das eine war amerikanisch besetzt, das andere sowjetisch. Das Deutsche Reich war meines Erachtens 1945 untergegangen, die DDR und die Bundesrepublik gab es noch nicht, die wurden beide erst 1949 gegründet. Ich weiß nicht, in welchem Staat ich geboren bin!

November 2039, wir feiern den 50. Jahrestag des Mauerfalls. Gregor Gysi sitzt 91-jährig auf der Bundestagtribüne ...

Wieso das denn – da bin ich doch Alterspräsident! (Lacht)

... auch gut. Und Altbundespräsidentin Angela Merkel hält die Rede. Wenn Sie sich etwas wünschen dürften: Was soll sie über Sie sagen? Darüber, was in der Geschichte von Ihnen geblieben ist, wie Sie Deutschland verändert haben?

Ich glaube, dass man bei diesem Jahrestag gar nichts über mich sagen wird. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, ob ich dann noch lebe. Zu sagen, was man selbst bewirkt hat, ist schwierig, weil man sich selbst nicht einschätzen und schon gar nicht loben, aber sich auch nicht zu klein machen soll. Eigentlich überlasse ich das lieber anderen.

Aber wenn Sie es so wollen: Ich glaube, ich habe an einigen Dingen mitgewirkt. Das eine ist mein Anteil an der Überführung der Eliten – der künstlerischen, wissenschaftlichen, technischen, medizinischen, pädagogischen und anderen Eliten – aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Es gab keine andere Partei, die sich dieser Aufgabe stellte. Übrigens zunächst auch kein Medium. Das war äußerst schwierig, und ich glaube, dass es einigermaßen gelungen ist.

Das Zweite ist ein Anteil daran, Deutschland europäisch normalisiert zu haben. In der alten Bundesrepublik Deutschland war eine Partei links von der Sozialdemokratie im Bundestag völlig undenkbar. So etwas gehörte überhaupt nicht zum akzeptierten politischen Spektrum, während es in Ländern wie Italien, Frankreich oder Spanien völlig üblich war. Selbst die Grünen mussten lange Wege gehen. Ich glaube, dass meine Partei heute in der Gesellschaft als zum demokratischen Spektrum dazugehörig akzeptiert ist. Das heißt nicht, dass sie von den meisten gewählt wird, sondern dass die meisten sagen: Es ist okay, dass es auch diese Partei gibt.

Das Dritte, das mir wohl ganz gut gelungen ist: Meiner Partei den Wert des Grundgesetzes, den Wert der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie beizubringen. Heute bin ich relativ sicher, dass sie das auch in Zukunft hüten wird. (...)

Vielleicht noch eine Sache: dass ich ein bisschen einen anderen Stil in die Politik gebracht habe. Es kann nicht immer nur ernsthaft sein. Ich brauche auch Unterhaltungsmomente. In Deutschland ist die Ansicht verbreitet, dass nur derjenige seriös ist, der kotzlangweilig ist. Ich glaube, dass ich diese Ansicht ein bisschen widerlegen konnte.

Gregor Gysi

Wie kaum ein anderer Politiker prägte er die vergangenen 25 Jahre. Schnell avancierte er vom DDR-Anwalt zum Politiker, wurde bewundert und gehasst, verschaffte sich Anerkennung im Osten – und später auch im Westen. Mit seinen Reden fasziniert er bis heute selbst politische Gegner. Nach seinem Rücktritt aus der ersten Reihe der Politik hat er nun im Gespräch mit dem Journalisten Stephan Hebel eine erste Bilanz seines Politikerlebens vorgelegt. Er spricht über die Reize des Westens und die DDR-Nostalgie, Sozialismus und Marktwirtschaft, Erfolge und Niederlagen seiner Partei, die bewegendsten Begegnungen und den Preis, den die Politik dem Menschen Gregor Gysi abverlangte. Die nebenstehenden Auszüge sind dem Buch entnommen, das am 5. Oktober erscheint. Mehr Informationen über www.westendverlag.de

Gregor Gysi und Stephan Hebel: Ausstieg links? Eine Bilanz, Verlag Westend, 224 Seiten, 14,99 Euro

Hatten Sie Ende 1989, als Sie zum Vorsitzenden der SED/PDS gewählt wurden, eine Idee, welche Rolle diese Partei irgendwann spielen soll? Noch war es ja die führende Partei der DDR. Das hat sich erst im März 1990 bei der ersten demokratischen Volkskammerwahl geändert, und das konnten Sie drei Monate vorher nicht wissen. Haben Sie zum Beispiel erwartet, zur Minderheitspartei zu werden?

Dazu muss ich Ihnen eines erzählen. Dass wir schon am 18. März und nicht erst am 6. Mai gewählt haben, lag ausschließlich an Modrow, der ja noch DDR-Ministerpräsident war, und an mir. Ich bin zu ihm gegangen und habe gesagt: »Hans, ich kann die Partei nicht reformieren, solange wir die Regierungspartei sind, sogar die führende Regierungspartei. Du musst mir jetzt sagen, bis wann du die Probleme gelöst hast, die du unbedingt lösen willst. Dass wir nicht gewinnen werden, ist ohnehin klar, und dann ziehen wir, wenn es nach mir geht, die Wahlen vor und gehen in die Opposition. Dann kann ich die Partei entsprechend reformieren.«

Das war am Jahresanfang?

Ja, und dann haben wir uns verständigt, dass der früheste Termin der 18. März ist. Aber das führte zu einer anderen Schwierigkeit, und die war schon fantastisch. Ich hatte gar nicht mitbekommen, dass die Volkskammer beschlossen hatte, was eine Partei alles einreichen muss, wenn sie zur Wahl antritt: die Satzung, die Namen der Mitglieder des Parteivorstands und einiges mehr – und ein Parteiprogramm. Aber wir hatten keins. Wir konnten ja nicht ernsthaft das Parteiprogramm der SED vorlegen! Daraufhin mussten Dieter Klein und andere über ein einziges Wochenende einen Programmentwurf schreiben. Danach saßen wir nochmal ein Wochenende zusammen und stellten uns die Frage, welche Wirtschaft wir anstreben. Wir hatten keine Ahnung, und daraufhin haben wir uns für die »sozialistische Marktwirtschaft« ent-

schieden. Was das genau sein sollte, wussten wir auch nicht, aber wir dachten, das sei doch ein schöner Begriff.

Nun war es so, dass auch das »Neue Deutschland«, das ja unsere Parteizeitung war, sich unter sozialistischer Marktwirtschaft nichts vorstellen konnte. Also schrieben sie »soziale Marktwirtschaft«, und da wir das nicht mitbekommen hatten, stand am Ende auch in unserem Programm »soziale Marktwirtschaft statt der »sozialistischen«. Dafür wurde ich dann von den Linken im Westen witzigerweise immer kritisiert. So war diese Zeit.

Entscheidend ist, dass wir die Wahlen vorgezogen haben, weil ich wollte, dass wir in die Opposition gehen. Ich wusste, die Einheit konnte und sollte nicht mehr verhindert werden, das war völlig klar nach meinem Gespräch mit Gorbatschow Anfang Februar. Jetzt ging es eigentlich nur noch um die Frage: Treten wir dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei oder machen wir eine Vereinbarung auf der Grundlage von Artikel 146 des Grundgesetzes? Das hätte bedeutet: Es muss eine neue Verfassung erarbeitet werden, die hätte durch einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten angenommen werden müssen, und dann bilden wir einen neuen deutschen Staat, der die Rechtsnachfolge sowohl der DDR als auch der BRD antritt. Aber dazu waren die anderen nicht zu bewegen. Das war dann die eigentliche Auseinandersetzung. Erst wollte es auch die SPD, aber am Schluss waren wir die einzigen, die das gefordert haben, außer wohl Bündnis 90.

Sie haben den Namen Gorbatschow erwähnt. Mich würden auch andere Begegnungen mit Personen der Zeitgeschichte interessieren.

Gorbatschow war eine imponierende Persönlichkeit. Als ich ihn am 1. Februar 1990 traf, war er allerdings sehr nervös. Seine Augen bewegten sich hektisch, wenn er etwas erzählte, und ich merkte, dass er sporadisch entscheidet, weniger strategisch. Gor-

batschow erzählte mir, er wolle am nächsten Tag dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vorschlagen, dass die Sowjetunion einen Präsidenten wählt, und er wolle selbst für das Amt kandidieren.

Ich stellte ihm die Frage: »Und über welchen Apparat verfügt der Präsident, um Dinge durchzusetzen?«

Er antwortete nur: »Budget, budget.«, das heißt: »Es wird, es wird.«

Da wusste ich: Er hat keinen Apparat. Mit dem Parteiapparat geht es nicht, die Regierung wird nicht machen, was er will – und dann gibt es einen Präsidenten, der kein Instrument besitzt, um etwas durchzusetzen. Trotzdem war es natürlich für mich eine große Begegnung mit ihm.

Am Telefon hatte ich das erste Mal Mitte Dezember 1989 mit ihm gesprochen. Da sagte er: »Wenn du die SED aufgibst, gibst du die DDR auf. Wenn du die DDR aufgibst, gibst du die Sowjetunion auf.«

Ist das der Hauptgrund, aus dem Sie die Partei nicht aufgelöst haben?

Das war auch einer, aber wissen Sie, was ich Gorbatschow geantwortet habe? Ich sagte: »Also höre mal, mir reicht schon mein Verein auf meinen Schultern. Du kannst nicht noch bei einem kleinen Advokaten die ganze Sowjetunion mit draufpacken.«

Da musste er doch mal einen Moment lachen, weil er an sich ja ein humorvoller Mensch ist. Allerdings war er in einem so sagenhaften Stress, man kann sich das gar nicht vorstellen. Er hat Stärken, aber ich sage Ihnen auch, was seine Schwäche ist. Er hat einen Fehler begangen: Er hat politische Reformen vorgehabt, aber es ist ihm nichts für die Wirtschaft eingefallen. Die Chinesen machen es umgekehrt – immer erst die Wirtschaftsreformen, und dann kommt die Politik. Es ist schon interessant, dass sie – aus ihrer Sicht – erfolgreicher sind, weil sich die Wirtschaft entwickelt. Allerdings warten wir in der Politik noch heute.

Gorbatschow hatte eine weitere Schwäche: Er meinte, die Dinge

müssten immer so kommen, wie er sie geplant hat, beziehungsweise umgekehrt: Die Dinge seien so gekommen, weil er sie so geplant hat. Das ist natürlich auch eine Frage der Eitelkeit. Er sagte, dass er schon ab 1987 an die deutsche Einheit gedacht hätte. Ich glaube ihm da kein Wort. Ich denke, dass er das so erzählte, um zu sagen: »Seht ihr, es ist so gekommen, wie ich es mir vorgestellt habe.« Denn der Satz, den er mir im Dezember 1989 zur Rettung der DDR gesagt hatte, klang völlig gegenteilig. Allerdings war er am 1. Februar 1990, als ich bei ihm war, schon wieder anderer Auffassung, was die deutsche Einheit betrifft. Ich habe also erlebt, wie schnelllebig diese Zeit war.

Im Dezember 1989 war er, glaube ich, noch nicht so weit. Erst im Januar. Und das wiederum wusste ich im Februar, denn er hatte mit Modrow, der vor mir dort war, schon über Deutschland einig Vaterland gesprochen. Dann ging es eigentlich eher nur noch um die Bedingungen.

Wenn man Sie seit 1989 erlebt hat und hätte es nicht gewusst, dann hätte man nie im Leben gedacht, dass Sie ein »Ossi« sind. Woher kommt dieses kulturell Westliche an Ihnen und Ihrer Familie?

Meine Mutter hatte vor 1933 schon ein Jahr in Südafrika gelebt, und sie war ebenfalls für ein Jahr in Großbritannien. Mein Vater war viel in Frankreich und in Belgien. Meine Mutter sprach natürlich perfekt Deutsch, Russisch ebenso, außerdem sehr gut Englisch und Französisch. Mein Vater sprach auch ganz gut Englisch und Französisch, allerdings kein Wort Russisch. Sie waren durch die Welt gekommen, und sie hatten viele Freunde in anderen Ländern.

Als ich ein Kind war, war die Grenze ja noch offen. Aber das Privileg der Kindheit bestand, glaube ich, für meine Schwester und mich darin, dass wir auch nach dem Mauerbau Besuch hatten, den es sonst in der DDR nicht gab. Ich erinnere mich an Besucher aus Südafrika und den USA, und wir

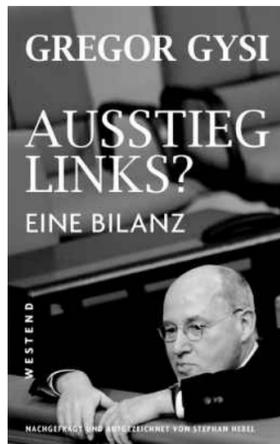




Foto: image/steina

Mädchen, Dame & kein Kumpeltyp

Angela Merkels Weg zur Wendezeit: Zeitzeugen einer Kanzlerinnenentstehung. Von Gabriele Oertel

Jetzt wissen wir es aus berufenem Munde: Angela Merkel ist kein Kumpeltyp. Das, was Lothar de Maizière mehr als 25 Jahre nach seiner Zusammenarbeit mit der heutigen Kanzlerin zu Protokoll gibt, gehört zu den vielen kleinen Mosaiksteinen, die seit mindestens einem Jahrzehnt mit Vorliebe gesammelt werden, um dem Phänomen einer europa-, wenn nicht weltweit anerkannten wie mitunter auch beargwöhnten Politikerin auf die Spur zu kommen. Der letzte DDR-Ministerpräsident trifft sein Urteil über seine damalige stellvertretende Regierungssprecherin bei der Vorstellung eines neuen zwischen zwei Buchdeckel gepressten Näherungsversuches an den wundersamen Weg der unscheinbaren Pfarrerstochter und weithin angepassten DDR-Wissenschaftlerin zur allgewaltigen Regierungschefin und bisweilen gefürchteten CDU-Vorsitzenden.

»Merkels Welt zur Wendezeit« heißt das Buch des österreichischen Korrespondenten Ewald König, der auf ein echtes journalistisches Alleinstellungsmerkmal verweisen kann: Er berichtete zu jenen fernen Zeiten, als es noch zwei deutsche Staaten gab, sowohl aus dem einen als auch aus dem anderen Land. Und beobachtete in der dramatischen Zeit 1989 und 1990 sozusagen aus doppelter Perspektive die zunächst beiderseitig zögerliche und mit vielen Vorbehalten beladene Reise aufeinander zu, die bekanntlich zu einer rasanten und nicht ganz unfallfreien Fahrt in die deutsche Einheit geriet.

Dass Merkel kein Kumpeltyp ist, findet de Maizière übrigens gut, denn derlei führt nach seiner Erfahrung schnell zu Distanzlosigkeit. »Es hat lange gedauert, bis wir uns geduzt haben«, erinnert sich der letzte Ministerpräsident der DDR. Immerhin sind die beiden dabei geblieben – und das ist schon was. Denn König hat bei seinen Recherchen bei anderen Zeitzeugen der Kanzlerinnenentstehung erfahren, dass Merkel manch früherem Weggefährten das »Du« wieder entzog. Dem Fotografen Michael Ebner ist das passiert. Der hat dereinst für die »Bild am Sonntag« das berühmte Foto gemacht, auf dem der erste Wahlkampf der jungen Frau dokumentiert ist: Die Kandidatin sitzt spürbar fremdelnd in einer Fischerhütte auf Rügen im November 1990 und wird von keinem der vier Fischer auch nur eines Blickes gewürdigt. Ein surrealer Stimmenfang, den vermutlich nur die Fischer vergessen haben.

Der aber letztlich doch erfolgreich war. Denn die politische Newcomerin vom Demokratischen Aufbruch, die bei de Maizière nur gelandet war, weil die Ost-SPD damals das Amt des Vizeregierungssprechers nicht beanspruchte, holte trotz oder ob ihrer sichtlichen Unbeholfenheit den Wahlkreis für die CDU. Den hatte ihr Günther Krause – der Mann, der am Einigungsvertrag ein bisschen mitwerkeln durfte – angeboten. Vielleicht lag ihr Erfolg an der ihr von de Maizière attestierten Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte einfach sagen zu können und mit klaren Aussagesätzen zu operieren: »Angela Merkel hat keinen großen Wortschatz, schmückende Adjektive sind ihr fremd.« Vielleicht lag es auch daran, dass sie »in der formalen Logik fast unschlagbar« ist, wie der Ex-DDR-Ministerpräsident aus zahlreichen Auslandsreisen und Lagebesprechungen von seiner Vizepressechefin weiß. »Sie erreichte in der Hälfte der Zeit die doppelte Relevanz.«

Diese Schnelligkeit und Effizienz hat auch Petra Erler erfahren, die sich ebenfalls vorübergehend mit Merkel duzte, nachdem die beiden Frauen sich als Jungpolitikerinnen näher kennengelernt hatten. Erler ist »die

einzigste Ostdeutsche, die es in die hohen Etagen der Europäischen Kommission in Brüssel geschafft hat«, schreibt König in seinem Buch. Sie war Beraterin bei Außenminister Markus Meckel (SDP), wenig später unter de Maizière Staatssekretärin und hatte in ihrem früheren DDR-Leben beim Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam gearbeitet. »Und ab dem Tag, in dem Augenblick, ab dem sie mich siezte, wusste ich, dass Angela ihre Entscheidung getroffen hat. Da fühlte sie sich nicht mehr der Regierung de Maizière verpflichtet, sondern dachte nur noch an ihre Zukunft«, gibt sie zu Protokoll. Merkel habe knallhart Brücken ab-

brechen können, erinnert sich Erler, die das ohne Wertung verstanden haben will. »Wenn man das nicht kann, kann man nicht Bundeskanzler werden.« Merkel habe eben zeitig begriffen, dass »der neue Herr von morgen« Helmut Kohl heiße.

Das war freilich zu einem Zeitpunkt, als der allgewaltige Kanzler sie noch wie die meisten dies- und jenseits der Elbe unterschätzte. Obwohl sein späteres »Mädchen« da doch schon einiges hinter sich hatte. Nein, damit ist nicht ihr Aufbegehren in letzter Minute gegen den Institutschef an der Akademie der Wissenschaften gemeint. Und auch nicht ihr kurzer Besuch bei der Ost-SPD, die,

so de Maizière, ihr wohl zu »quasseltrippig« dahergekommen war. Der Abstecher zeigt immerhin, dass im Leben der jungen Angela Merkel das Wort Alternativlosigkeit noch keine Rolle gespielt haben muss.

Sie fand schließlich eine Alternative für sich: den Demokratischen Aufbruch (DA). Dort sollte sie als bald heftige Flügelkämpfe erleben, bei denen Merkel nach Aussagen von Gründungsmitglied Andreas Apelt stets zurückhaltend und nie polarisierend war. Dass sie schnell ein »großes standing« hatte und Einfluss gewann, führt Apelt darauf zurück, dass sie stets über den Dingen zu stehen schien und nicht kopflos wurde.

Letzteres geschah nicht mal, als nur Tage vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 der Super-GAU beim DA in Gestalt der Enttarnung von Parteichef Wolfgang Schnur als Stasi-Spitzel stattfand. Da hat sich Merkel zwar kurzzeitig geschockt und angeblich unter Tränen Rat von ihrem heutigen Mann geholt – aber danach ihren eigenen Weg fortgesetzt. Dies sei der Crashkurs in Sachen Krisenmanagement für die Politikerin gewesen, meint der Buchautor. Wer derlei hinter sich hat, den kann auch fürderhin kaum etwas aus den Latschen hauen, schwingt da eine mögliche Erklärung von Merkels späterer Unerschütterlichkeit mit – vom CDU-Spendenskandal bis hin zu Ukraine-Gesprächen, Griechenland-Programmen und Flüchtlings-Lavieren. Vielleicht hat die Frau angesichts der Schnur-Geschichte sogar schon damals den Satz im Kopf gehabt, dass das Ausspähen von Freunden gar nicht geht – aber genau wie zwei Jahrzehnte später derlei verständliche Enttäuschung mit dem ihr eigenen Pragmatismus weggesteckt.

Im Wegstecken scheint sie ja so wieso unübertroffen. Was hat man ihr seit ihren ersten politischen Gehversuchen alles übergeholfen. Da gab es herablassende Bspöttelungen ihrer Kleidung und ihres Haarschnitts. Natürlich war sie unter all den selbst-erannten ausschließlich männlichen Kohl-Erben in der CDU nur die Alibi- oder Quotenfrau. Manche sagen mit Vorliebe »die Dame«. Die Unternehmens- und Politikberaterin Gertrud Höhler nannte sie abschätzig die Frau aus Anderland. Merkel hat das alles äußerlich unberührt gelassen. Wirklich zu schaffen gemacht haben soll ihr, so ist bei König zu lesen, nur die bei der CSU 2005 in Wildbad Kreuth kursierende »Zonenwachtel«. Aber bekanntlich haben alle, die in ihren Verletzungen so erfinderisch waren, die Frau nicht aufhalten können. Und sie zu fürchten begonnen, weshalb auch die peinlichen »Angie«-Zeiten in der Union längst vorbei sind.

Lothar de Maizière, der bis heute seine zahlreichen und wenig freudvollen Erlebnisse mit Helmut Kohl präsent hat und sich darüber mehr erregen kann, als darüber, dass die Leute vom DA 1990 so gar nichts mit seiner CDU am Hut hatten, wundert das nicht. Vermutlich hat er früher als andere in der CDU im Westen die Nehmerqualitäten der damals 35-Jährigen erkannt. Dass heute anlässlich ihrer zehnjährigen Kanzlerinnenschaft auch Merkels einstige Distanz zu der Partei, der sie nun schon 15 Jahre vorsitzt, als Sensation verkauft wird, ist ihm nur ein weiterer Beleg von Unkenntnis über die DDR.

De Maizière spricht gelassen von »Blockflöten« und den linken Überholversuchen der SED durch die Ost-CDU. »Die Allianz für Deutschland war keine Liebesheirat«, sagt er. Dennoch habe er Kohl überzeugen können. »Wenn man eine geschiedene Frau heiratet, muss man wissen, die bringt zwei Kinder mit – aber Erfahrung hat sie.« Die West-CDU setzte also auf die Allianz einschließlich der Ost-CDU und gewann die Wahl am 18. März 1990 und mit ihr die deutsche Einheit auf die bequemste Art.

Als Kohl nach der gesamtdeutschen Wahl im Dezember 1990 eine Ostfrau ins Kabinett holen wollte, freilich nur für ein »weiches« Ministerium, schlug Merkels Stunde. Da ahnte der Riese freilich nicht, dass sein Ziehkind ihm dereinst mit großer Härte das Wasser abgraben würde. Der Rest ist bekannt: Frauen- und Jugendministerin, Umweltministerin, CDU-Generalsekretärin, Parteichefin, Kanzlerin. Und Letzteres jetzt zehn Jahre. Spannend wird eigentlich nur noch, wie Angela Merkel ihren Abgang hinbekommt.

So ändern sich die Zeiten

Merkel und Schröder: Zwei Machtmenschen unter sich

Da war sie wieder, die coole Kanzlerin, die über den Dingen steht und beinahe amüsiert den Kontrahenten von einst mit einer Buchvorstellung adelt. Es scheint, als sei der Mann, der vor beinahe genau zehn Jahren am Wahlabend vor Fernsehkameras wie ein Elefant im Porzellanladen wütete, sogar ein bisschen gerührt. So ändern sich die Zeiten. Aus der peinlich berührten und perplexen Wahlsiegerin wurde eine selbstbewusste Regierungschefin, deren Zeit im Kanzleramt nun schon drei Jahre länger als die des Vorgängers ist – aus dem testosterongesteuerten Verlierer ein dankbarer Altkanzler, der es nicht für selbstverständlich hält, dass sie nach all den Auseinandersetzungen seine von Gregor Schöllgen verfasste 1000-seitige Biografie zum Lesen empfiehlt.

Merkel wirft Schröder gnädig ein paar Brocken hin: Er sei ein begnadeter Wahlkämpfer, Pragmatiker und Machtmensch, habe sich mit der Agenda 2010 um dieses Land verdient gemacht. Und auf die listige Journalistenfrage, ob sie sich hätte vorstellen können, ihn auch an ihrem Kabinetttisch zu haben, antwortet sie ebenso listig: »Da wäre ich auch mit klargekommen.« Der Saal lacht – und weiß, dass die Kanzlerin gerade gelassen ein wahres Wort gesprochen hat.

Auch in der Antwort auf die Frage nach gelegentlichem Austausch oder gar gemeinsamem Essen, ist Merkels Freude an der Überlegenheit zu spüren: »So ausschweifend wollen wir nicht gleich werden.« Es gebe ein »überschaubares Repertoire an Treffen«, gibt sie lächelnd zu Protokoll. Und als Schröder die Übergabe im Kanzleramt im November 2005 schildert, ergänzt sie mit nuancierter Erinnerung an einen einsamen Kuchen und zwei Blumensträuße in ihrer Hand. Einig waren sich beide, dass im Tresor nicht Geheimpapiere, sondern nur die Uhren lagen, die Berlusconi oft verschenkte.

Ein entspannter Termin. Zwei Machtmenschen unterschiedlicher Spielart. Der eine hat das Alphanter ganz bewusst stets vor sich her getragen, die andere bevorzugt die subtilere Variante. Der Einschätzung des Biografen, dass Kanzler die Überzeugung haben müssten, Deutschland auf die Zukunft vorzubereiten – und notfalls dafür den Verlust der Kanzlerschaft in Kauf zu nehmen haben, kann Schröder aus eigenem Erleben nur zustimmen. Seine Nachfolgerin nicht. Sie flüchtet sich in Ermangelung der Erfahrung in die Allerwelts-floskel von der Schönheit der Gestaltungsmöglichkeit. oer

Ewald König:
»Merkels Welt zur Wendezeit«,
mdv Mitteldeutscher Verlag
GmbH Halle (Saale),
264 S., Br., 14,95 Euro

Gregor Schöllgen:
»Gerhard Schröder. Die Biografie,
Deutsche Verlags-Anstalt
München, 1038 S., geb.,
34,99 Euro

Zwölf Monate

Botschaften, Ministerrunden, Drahtberichte: Der Weg zur Einheit – ein kurzes Drama aus unveröffentlichten Dokumenten.
Zusammengestellt von Tom Strohschneider



In Sektaune: Kanzler Kohl, Minister Genscher, Sprecher Johnny Klein auf dem Rückflug aus Moskau, Februar 1990

Foto: Getty Images/Thomas Imo

Die Einheit

Die Sowjetunion als NATO-Mitglied? Das erscheint nicht erst vor dem Hintergrund der geopolitischen Konfliktlage des Jahres 2015 als eine einigermaßen absurde Vorstellung. Und doch hat es diesen Gedanken im Jahr 1990 wohl gegeben, er taucht in einem Vermerk des Büroleiters des damaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher auf: Frank Elbe hatte Entsprechendes von Robert Zoellick, damals Berater des US-Präsidenten, der es wiederum in einem Gespräch mit US-Außenminister James Baker hörte, in dem dieser über ein Treffen mit Michail Gorbatschow berichtete. War es wirklich so, wie Baker laut Zoellick geschildert haben soll, »dass Gorbatschow in dieser Frage nicht scherze«?

Ein Dokument von sowjetischer Seite, das dieses Detail aus dem Treffen in Moskau im Mai 1990 bestätigt, findet man in dem soeben erschienen großartigen Band »Die Einheit« nicht. Der Zugang zu sowjetischen Archiven sei noch immer schwierig, schreiben Heike Amos und Tim Geiger in ihrer Einleitung zu der über 800 Seiten umfassenden Sammlung von »in aller Regel bislang unveröffentlichten Dokumenten« über das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und den Zwei-plus-Vier-Prozess. Die größtenteils als geheime Verschlussachen und vertraulich deklarierten Vermerke, Briefe, Berichte sind vom Institut für Zeitgeschichte zusammengetragen worden, »um erstmals den gewichtigen Beitrag des Auswärtigen Amtes, aber eben auch des Außenministeriums in Ost-Berlin im Prozess der deutschen Vereinigung angemessen zu dokumentieren«.

Dass von den 170 Dokumenten die meisten neue Blicke auf die Politik der Bundesrepublik richten, nicht der DDR, wird mit Blick auf die »Qualität und Substanz« der Berichte »und letztlich das unterschiedliche historische Gewicht beider Ministerien« begründet. Es liegt wohl nicht fern, darüber hinaus zu sagen, dass hier derjenige das Feld der Geschichte bestellt, der »als Sieger« übrigblieb.

Für das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes gilt eine 30-Jahre-Sperrfrist, die auch für die dort verwahrten Akten des DDR-Außenministeriums gilt. Seit 2009 wurden »mehrere hundert Aktenbände« vorzeitig offengelegt, der von Horst Möller, Ilse Dorothee Pautsch, Gregor Schöllgen, Hermann Wentker und Andreas Wirsching herausgegebene Band ist nicht der erste, der davon profitiert. Und: Es ist kein Werk ausschließlich für Historiker. Die nebenstehenden, stark gekürzten Auszüge können davon vielleicht einen kleinen Eindruck verschaffen. *tos*

»Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess«. Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin. Bearbeitet von Heike Amos und Tim Geiger. Vandenhoeck & Ruprecht, 850 Seiten, 34,99 Euro.

Flüchtlinge

Im Verlauf des späteren Vormittags und frühen Nachmittags des 30.9.89 begannen erste Gerüchte zu zirkulieren, daß eine Lösung des Zufluchtsdramas in der Botschaft bevorsteht. Die Zufluchtsuchenden umarmten sich und Botschaftsangehörige, die meisten konnten diese von der Bundesregierung herbeigeführte Lösung zunächst kaum fassen. Diszipliniert, aber dennoch ihre Freude und Bewegung nicht verheimlichend, bestieg eine Gruppe nach der anderen, entsprechend der Ankunft der Busse aus den einzelnen Unterkünften, den Sonderzug. Als die Botschaftsangehörigen um kurz nach 03.00 Uhr noch einmal in die Botschaft zurückkehrten, um ihre Sachen nach diesem denkwürdigen Tag zu ordnen, warteten bereits die ersten neuen Zufluchtsuchenden vor den Toren. Einige wenige haben die Abfahrt des Zuges nur um Minuten verpaßt.

(aus dem Drahtbericht des BRD-Botschafters in Warschau, Franz Jochen Schoeller, 3. Oktober 1989)

Beziehungen

Am Rande der in Frankfurt veranstalteten Konferenz des IEWSS (Institute for East-West Security Studies, Anm. d. Red.) traf BM Genscher auf dessen Wunsch auch mit dem stellvertretenden DDR-Außenminister Harry Ott zusammen. Neben dem Führungswechsel und den hieraus abzuleitenden Folgen für die innere Entwicklung der DDR seien auch die bilateralen Beziehungen erörtert worden. Im Namen von Generalsekretär Krenz und Außenminister Fischer möchte er die Bereitschaft der DDR-Führung bekräftigen, die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland weiter normal zu entwickeln. Ott fuhr fort, daß die DDR vor vielen Problemen stehe. Es sei nicht zu erwarten, daß sich über Nacht alles ändern würde. Man würde sich in der DDR wünschen, weniger zu hören, was die DDR tun müsse. BM (Genscher, Anm. d. Red.) stellte fest, daß wir nicht an einer Destabilisierung der DDR interessiert seien. Ott erwiderte, daß er dies mit großer Befriedigung zur Kenntnis nehme. Der Rechtsanspruch der Bundesrepublik zur Staatsangehörigkeitsfrage und zur Obhutspflicht ent-

falte eine destabilisierende Wirkung. Die Abwanderung von hunderttausend, zumeist jungen Menschen sei ein großer Verlust für die DDR. BM warf ein, daß wir nicht die Probleme der DDR lösen könnten. Ott erwiderte, daß die DDR die Probleme auch bei sich suche.

(aus einem Vermerk des Bundesaußenministeriums über das Gespräch von Hans-Dietrich Genscher mit DDR-Vizeaußenminister Harry Ott, 19. Oktober 1989)

Reaktionen

Der 10-Punkte-Plan des BK (Bundeskanzlers, Anm. d. Red.) ist im westlichen Ausland allgemein mit Überraschung und Skepsis aufgenommen worden. Kritische Untertöne sind unüberhörbar. Es fällt auf, daß sich unter den Alliierten bis dato lediglich die USA und Frankreich geäußert haben. Eine Reaktion des offiziellen London fehlt. Andere westliche Länder haben teils mit Zurückhaltung reagiert, teils Verständnis für den Plan signalisiert, wobei sie die deutsche Frage allerdings immer in den europäischen Kontext stellen. Überraschend gelassen ist die Reaktion der Finnen. Die Sowjetunion hat mit Skepsis und Kritik auf das Vorgehen des BK reagiert, das als überstürzt empfunden wird. Zwar wird der Gedanke konföderativer Strukturen grundsätzlich gutgeheißen, die Deklaration der Wiedervereinigung als Ziel praktischer Politik stößt jedoch auf Ablehnung. Der 10-Punkte-Plan des BK zielt nach sowjetischer Auffassung auf eine Veränderung dieser historischen Realitäten ab und wird deshalb als Provokation und Versuch der Destabilisierung Europas empfunden. Kritisiert wird die hinter dem Plan vermutete Absicht, die Schwäche des Nachbarn zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Israels PM (Premierminister Jitzchak Anm. d. Red.) Schamir habe vor Journalisten in Tel Aviv, ohne direkt auf den 10-Punkte-Plan einzugehen, gesagt »das Gerede über eine Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines größeren, stärkeren und vereinigten Deutschlands« werde »vom jüdischen Volk als quälend empfunden«.

(aus der Vorlage des Referatsleiters 210, Frank Lambach, für BRD-Staatssekretär Jürgen Hellmut Sudhoff, 1. Dezember 1989)

Keine Spekulationen

In Zusammenhang mit 10-Punkte-Plan Kohls aktiv mit Erklärung Regierungssprecher vom 28. November arbeiten. Kann an Partner übergeben werden. Ferner darauf verweisen, daß Appell »Für unser Land« breite Zustimmung in DDR findet. Ausdruck des Willens Mehrheit Bevölkerung, DDR als souveränen sozialistischen Staat zu erhalten und festigen. Folgende Argumentationen zusätzlich verwenden: Beginn neuer Phase der Entwicklung in Europa. Europäische Entwicklung stellt Frage Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Auf der Tagesordnung stehen also qualitativ neue Formen der Zusammenarbeit zwischen beiden souveränen deutschen Staaten, nicht Spekulationen über deutsche Wiedervereinigung.

(aus der Rotstrichinformation der Hauptabteilung Information im DDR-Außenministerium, 1. Dezember 1989)

Naive Leute

François Mitterrand: Meinen Sie, daß die Mehrheit Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung hat?

Gregor Gysi: Nach westlichen Umfragen sind 70 Prozent dagegen und 30 sehr dafür. Unter diesen 30 Prozent findet man – wenn man mit den Menschen einzeln spricht – auch naive Leute. Es gibt aber unter ihnen einen ganz aggressiven Kern. Eine Wiedervereinigung jetzt wäre ein Sieg der Rechten in Europa. Die Linke würde an den Rand gedrückt werden, auch die SPD, obwohl sie es noch nicht einsehen will.

(aus einem Vermerk des DDR-Außenministeriums über das Gespräch von SED-PDS-Chef Gregor Gysi mit Frankreichs Staatspräsidenten François Mitterrand, 21. Dezember 1989)

Erinnerungen

Die Möglichkeit einer absehbaren Überwindung der deutschen Teilung ruft in den USA insbesondere bei jüdischen Beobachtern Erinnerungen an Erfahrungen zurück, die vor allem mit der historisch letzten Phase eines geeinten Deutschlands, der NS-Zeit, verbunden sind.

(aus dem Drahtbericht des BRD-Botschafters in Washington, Jürgen Ruhfus, 22. Januar 1990)

Rochade

Die »große Rochade« Gorbatschows zeigt, daß er angesichts der Entwicklung in der DDR sich zwischen Schewardnades zwei Perspektiven der deutsch-deutschen Entwicklung – »Katalysator« oder »zerstörerischer Faktor« – entschieden hat: Nur ein Kurs, der die Dynamik der deutschen Entwicklung für Frieden und Stabilität in Europa nutzt, statt ihr entgegenzutreten, fördert sowjetische Mitgestaltung und Sicherheitsinteressen. Die Rochade schafft gleichzeitig neue »Koordinaten« für unsere Politik.

Die deutlich zur Schau getragene Wertschätzung (Hans) Modrows und die Tatsache, daß die PDS mittlerweile ebenfalls die deutsche Einheit als zwingend anerkannt hat, machen (Michail) Gorbatschows Äußerungen gleichzeitig auch zur Wahlhilfe für die Bruderpartei. So sind seine kritischen Untertöne gegen Versuche der Destabilisierung zu verstehen. Indem er sich Modrow stellt, vermeidet er aber gleichzeitig jede Bindung an das weitere Schicksal der PDS.

(aus einer Vorlage des Referatsleiters 213 (Sowjetunion), Klaus Neubert, für Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, 31. Januar 1990)

Schockiert I

Als er, BM (BRD-Außenminister Genscher, Anm. d. Red.), die Lage in der DDR geschildert und erklärt habe, daß die innere Ordnung verfallend, habe (Eduard) Schewardnade schockiert reagiert. Die Bundesregierung sei bemüht, nach Kräften zur Stabilisierung der Lage in der DDR beizutragen. Unter Zurückstellung schwerer Bedenken bei einigen auf unserer Seite hätten wir deshalb das Angebot zu Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion unterbreitet. Man müsse sehen, daß die Menschen in der DDR zunehmend ungeduldiger würden. Das wesentliche Ergebnis der Moskauer Gespräche lasse sich in dem Satz zusammenfassen, daß von der Sowjetunion der Vereinigung Deutschlands keine Hindernisse in den Weg gelegt würden.

(aus einem Vermerk des BRD-Außenministeriums über ein Gespräch der Bundesminister Hans-Dietrich Genscher, James Baker, USA, Roland Dumas, Frankreich, und Douglas Hurd, Großbritannien, bei dem am 11. Februar 1990 über den vorausgegangenen Besuch von Kanzler Helmut Kohl und Genscher in Moskau am 10. Februar 1990 berichtet wurde)

Einmischung

In letzter Zeit hat die Einmischung der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR, in den Verlauf des Wahlkampfes einen äußerst unverhüllten und massiven Charakter angenommen. Westdeutsche Staatsmänner und Politiker ignorieren die Souveränität der DDR und elementare Normen des zwischenstaatlichen Umgangs und zimmern nach eigenem Gutdünken Wahlbündnisse von Parteien der DDR zusammen, in einer Reihe von Fällen leiten sie sogar Koordinierungsräte dieser Blöcke. H. Kohl, Führer von Bonner Parteien und andere offizielle Persönlichkeiten der BRD beabsichtigen, eine Serie von Wahlreden in der Republik durchzuführen. All das geschieht ohne Zustimmung der Behörden der DDR, gegen den Beschluss der Teilnehmer des »Runden Tisches« über die Nichtzulassung westdeutscher Politiker am Wahlkampf in der Republik. In Moskau interessiert man sich dafür, welche Schritte die Regierung der DDR unternimmt bzw. beabsichtigt zu unternehmen.

(aus einer Mitteilung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschmassow, an Ministerpräsident Hans Modrow, 22. Februar 1990)

Schockiert II

Das Wahlergebnis in der DDR hat hier nach unseren Eindrücken der letzten Tage nicht nur überrascht, sondern auch schockiert. Das, was die Führung hier seit längerem weiß bzw. befürchtete, ist nun auch für die für Deutschland verantwortlichen Apparate in SAM (Sowjetischem Außenministerium, Anm. d. Red.) und ZK (Zentralkomitee, Anm. d. Red.) deutlich geworden. Das von ihnen über Jahrzehnte aufgebaute politische System der DDR verfügte über keine demokratische Legitimität. Auch hier wird eingräumt, daß das Abschneiden der SED stark

mit den sozialen Ängsten der Träger des alten Systems, nicht aber mit der Anhänglichkeit an den »realen Sozialismus« zusammenhängt.

(aus dem Drahtbericht des BRD-Botschafters Klaus Blech in Moskau, 21. März 1990)

Kein Spaziergang

Kastrup berichtete über seine Gespräche in Moskau am 09.04.1990. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die SU weder versuche, den Lauf der Dinge zu bremsen, noch auf bestimmte Lösungen festgelegt sei. Sie suche nach Lösungen, z.T. tastend und unsicher.

Dufourcq: Ausgehend von dem letzten Gespräch zwischen Dumas und Schewardnadse habe auch er den Eindruck, daß die SU ihre Positionen ausgesprochen zügig ändere bzw. anpasse.

Kastrup: Die SU sei an weiteren Gedankenaustauschen interessiert. Auch die Drei sollten hierbei ermutigen.

Dufourcq: Auch gesichtswahrender Aspekt?

Kastrup: Ja, auch das sei wichtig.

Weston: Die SU suche z. Zt. das Gespräch mit allen Beteiligten. Sie werden die Ergebnisse sorgfältig auswerten. Das ganze werde für den Westen keinesfalls ein Spaziergang sein.

(aus dem Protokoll der Konsultation der vier westlichen Politischen Direktoren, Bertrand Dufourcq, Frankreich, Dieter Kastrup, BRD, Raymond Seitz und Bob Zoellick, USA, und John Weston, Großbritannien, am 10. April 1990 in Brüssel)

Eliminiert

Wir haben den TOP (Tagesordnungspunkt, Anm. d. Red.) Reparationen eliminiert. Wir haben den von F (Frankreich, Anm. d. Red.) hergestellten Zusammenhang zwischen Ratifizierung Grenzvertrag D/PL (Deutschland/Polen, Anm. d. Red.) und Ablösung der Vier-Mächte-Rechte zusammen mit USA erfolgreich infrage gestellt. Wir haben mit den USA infrage gestellt, inwieweit die Vier die Endgültigkeit der Grenzen Deutschlands feststellen müssen. Im Ergebnis überwog die Tendenz, daß politische, nicht rechtliche Erwägungen über die Frage entscheiden werden. Es bleibe erforderlich, dass wir unsere Positionen mit Festigkeit vertreten, wofür wir von den USA Unterstützung erhalten.

(aus einem handschriftlichen Vermerk des Referatsleiters 210 (Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen), Frank Lambach, über das Treffen der Legal Working Group of the Western Four am 8. Mai 1990 in London)

Hauptproblem I

Für die sowjetische Seite sei die NATO-Frage das Hauptproblem. Dieses sei insbesondere in dem Gespräch mit Gorbatschow deutlich geworden. Dabei seien die Ausführungen von Gorbatschow voller Widersprüche gewesen. Gorbatschow habe die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO nicht nur als ein psychologisches Problem bezeichnet. Es würde auch die strategische Stabilität in Europa verändern. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO sei nicht notwendig, denn schließlich brauche man keine Blöcke mehr. Andererseits habe er sich Gedanken darüber gemacht, was passieren würde, wenn die Deutschen aus der NATO rausgehen. Es sei ihm nicht klar, was den Amerikanern lieber sei, die Deutschen in der NATO unter Kontrolle zu halten oder ihnen freien Lauf zu lassen. Schließlich habe Gorbatschow argumentiert, daß die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands zu einer Vorherrschaft der Deutschen in der NATO führen werde. Er habe dann gesagt, als Lösung bleibe immer noch übrig, daß die Sowjetunion der NATO beitrete. Zoellick sagte mir, daß Baker durchaus den Eindruck gehabt habe, daß Gorbatschow in dieser Frage nicht scherze.

(aus einem Vermerk des Leiters des Ministerbüros, Frank Elbe, für Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, 23. Mai 1990)

Richtlinienkompetenz

Der Bundeskanzler rief mich heute um 8.50 Uhr an. Er habe noch am letzten Mittwoch mit dem Bundesminister über die Grenze in Polen gesprochen. Er müsse jetzt erfahren,



Mit Sorgenfalten: Schewardnadse, Genscher und DDR-Außenminister Markus Meckel im Sommer 1990 in Berlin

Foto: dpa/Wolfgang Kumm

daß das Auswärtige Amt bereits mit den Polen über diese Fragen Gespräche geführt habe. Dies sei auch eine Frage der Richtlinienkompetenz. Er wolle klarstellen, daß Gespräche mit den Polen »nicht in Frage kämen«. Bevor mit den Polen über die Dinge gesprochen würde, müssen sie erst intern »in warmen Tüchern sein«. Ich habe den Bundeskanzler darauf aufmerksam gemacht, daß das Bundeskanzleramt über diese Gespräche vorher Kenntnis und ihnen zugestimmt hatte.

(aus einem Vermerk des Staatssekretärs Jürgen Sudhoff für Bundesminister Hans-Dietrich Genscher, 25. Mai 1990)

Hauptproblem II

BM (BRD-Außenminister Genscher) habe Schewardnadse erklärt, daß jede Verlängerung des Einigungsprozesses destabilisierend in der DDR wirken könne. Schewardnadse, der von anderen anderes gehört zu haben schien, habe aufmerksam zugehört und während des Mittagessens mit erkennbarem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass immer noch wöchentlich ca. 2000 Menschen die DDR verlassen. Als Hauptproblem der Übergangszeit habe S. die sowjetische Truppenpräsenz auf dem Gebiet der heutigen DDR bezeichnet. Er habe ein Junktim zur Präsenz alliierter Truppen im Westen Deutschlands hergestellt und darauf hingewiesen, daß sowjetische Truppen nur zurückgezogen werden könnten, wenn die alliierten Truppen im Westen wenigstens auf ein symbolisches Niveau reduziert würden. BM habe jede Parallele zurückgewiesen. Man könne sowjetische Truppenpräsenz nicht mit Anwesenheit alliierter Truppen in Westdeutschland gleichsetzen.

(aus dem Drahtbericht des BRD-Botschafters bei der NATO, Hans-Friedrich von Ploetz, 13. Juni 1990)

Soviel wie möglich sofort

Überleitung von Bundesrecht: Ablehnung der BMI-Prämisse (BMI: Bundesministerium des Inneren, Anm. d. Red.), daß zunächst grundsätzlich DDR-Recht fortgelten und Bundesrecht nur soweit dies ausdrück-

lich gesagt ist sofort übergeleitet werden soll. Es solle vielmehr soviel von unserem Recht wie möglich sofort in der DDR in Kraft gesetzt werden.

(aus einem Vermerk des Referatsleiters 510 (Staats- und Verwaltungsrecht) im BRD-Außenministerium, Peter Metzger, zur »Arbeitsgruppe Beitrittsmodalitäten«, 5. Juli 1990)

Investorenhoffnung

BM (Bundesaußenminister Genscher) unterrichtet AM (Sowjetischer Außenminister Schewardnadse) sodann über Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungsparteien in Bundesrepublik und SPD und über verfassungsrechtliche Situation in Bundesrepublik. Datum für Vereinigung könne danach zwischen 2. September-Hälfte und 14. Oktober liegen. Alle Parteien seien sich jedoch dahingehend einig, daß – im Unterschied zu Wahldatum – Datum der Vereinigung vor allem wegen der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR vorgezogen werden müsse, die Anlaß zu großer Besorgnis gebe. Die Hoffnung, daß nach der Vereinigung ein stärkeres Engagement westdeutscher und europäischer Investoren erfolgen werde, sei sicher richtig.

(Vermerk über ein Telefongespräch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse, 7. Augst 1990)

Abwicklung I

Die Leiter der Auslandsvertretungen erhielten von Staatssekretär Dr. Domke folgendes Telegramm:

1. Gemäß Beschluß der Volkskammer vom 23.8.1990 erfolgt der Beitritt der DDR zur BRD auf Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3.10.1990. 2. Mit diesem Datum ist die Tätigkeit der DDR-Botschaften zu beenden. 3. Der Personalabbau ist bis dahin, wie festgelegt, fortzusetzen. Die vorliegenden Weisungen zur materiell-technischen Abwicklung sind in Abstimmung mit dem BRD-Botschafter zügig zu realisieren.

(aus der Rotstrichinformation der Unterabteilung Information des DDR-Außenministeriums, 28. August 1990)

Ausgebliebenes Signal

Die geschilderten Erfahrungen zeigen exemplarisch die in 40 Jahren ideologischer Teilung gewachsene Kluft zwischen den Systemen. Auch im MfAA habe ich das gesamte Spektrum persönlichen Verhaltens erlebt: von sehr sympathischen bis zu wenig Vertrauen erweckenden Kollegen. Ich fand es folgerichtig, dass für die Mehrzahl ihre durch ein solches System geprägte Tätigkeit für das MfAA nach dem 3. Oktober 1990 auslief. Andererseits bedauere ich es, dass für eine Reihe gut ausgebildeter MfAA-Kollegen vor allem jüngeren Alters die individuelle Prüfung einer Übernahme in den gesamtdeutschen Auswärtigen Dienst nicht stattfand. Dies wäre ein versöhnliches Signal und ein Gewinn für uns alle gewesen.

(aus dem Erfahrungsbericht des Austauschbeamten aus dem BRD-Außenministerium im DDR-Außenministerium, Helmut Frick)

Abwicklung II

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Heute ist für die meisten von Ihnen der letzte Arbeitstag in diesem Hause. Der am 3. Oktober 1990 beginnende Wartestand ist eine einschneidende Veränderung im persönlichen Leben jedes Einzelnen. Dies wurde ja auch bei der Personalversammlung am vergangenen Freitag überaus deutlich. Umso bedauerlicher ist es, daß eine Reihe von Fragen, die in diesem Zusammenhang auftreten, bisher nicht ausreichend gelöst werden konnten. Sicher hat es dabei auch Fehler und Versäumnisse der Leitung des Hauses gegeben. Oft jedoch sind unsere Bemühungen zur Lösung offener Fragen an anderer Stelle gescheitert.

(aus einer Hausmitteilung des Staatssekretärs Kersten Radzimanowski an alle Mitarbeiter des DDR-Außenministeriums, 2. Oktober 1990)

Abwicklung III

Dies ist der letzte Bericht der ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR. Heute haben wir sehr gute Beziehungen zur DDR. Morgen brauchen wir keine mehr. Der Kreis hat sich geschlossen.

(aus dem Drahtbericht des Ständigen Vertreters in Ost-Berlin, Franz Bertele, 2. Oktober 1990)

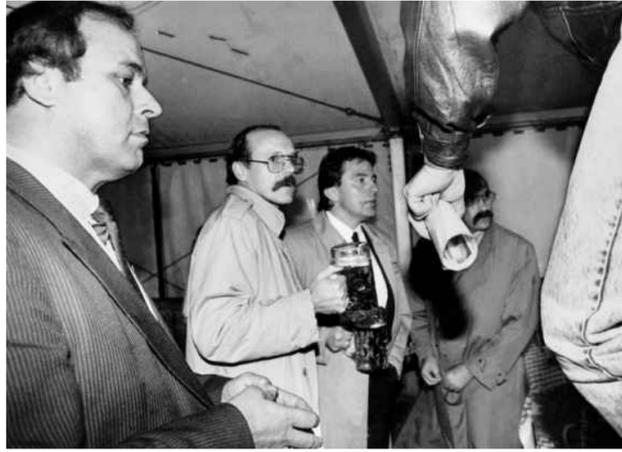
»Er habe dann gesagt, als Lösung bleibe immer noch übrig, daß die Sowjetunion der NATO beitrete. Zoellick sagte mir, daß Baker durchaus den Eindruck gehabt habe, daß Gorbatschow in dieser Frage nicht scherze.«

»Dies ist der letzte Bericht der ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR. Heute haben wir sehr gute Beziehungen zur DDR. Morgen brauchen wir keine mehr. Der Kreis hat sich geschlossen.«



28 Momente





Oktober 90

Eine Fotoreportage von Ute Mahler

Mit dem Zeitpunkt des Beitritts geht die DDR als selbstständiges Völkerrechtssubjekt unter.« So steht es in einem Schreiben des BRD-Außenministeriums aus den Tagen davor. Ein sprachlicher Schlussstrich. Eine bürokratische Beerdigung. In der Deutschen Demokratischen, die am 2. Oktober ihre letzte Stunden erlebte, wurde vielerorts nicht so nüchtern in den nächsten Tag und in die Bundesrepublik hinein gefeiert. Die Fotografin Ute Mahler war damals in Potsdam dabei. Geboren 1949 im thüringischen Berka avancierte sie nach einem Studium der Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig zu einer der

prägendsten Künstlerinnen ihres Fachs. Was in ihren Bildern von jener Nacht der Einheit zum Ausdruck kommt: kleine Risse, erste Widersprüche. Da ist die sprichwörtliche »nationale Besoffenheit«, da erkennt man in Gesichtern die von hohen Erwartungen erfüllte Zukunftsaussicht – aber auch schon den Vorschein jener Erfahrungen, die dann viele erst machen mussten: dass die Landschaften nicht für alle blühen. Das ernste Gesicht des damaligen DDR-Innenministers Peter-Michael Diestel, der im Festzelt ein wenig verloren zwischen den Biertischen steht; auf die Uhr blickend, weil die Zeit abläuft. Deutschlandfahnen und Jeanswesten.

Wenn im Rückblick und vom Ende der Geschichte her gedacht die »Wiedervereinigung« erzählt wird, dann gerät das lange Jahr 1989/90 meist zu einer zwangsläufig auf einen Höhepunkt zusteuern den national-bürgerlichen Revolution. Immer öfter wird vergessen, dass zu Beginn etwas anderes stand, ein linkes Aufbegehren für einen demokratischen Sozialismus, und dass am Ende etwas dabei herauskam, das in den schwarzrotgoldenen, tränenverhangenen Feuerwerksbildern vom Platz vor dem Berliner Reichstag untergeht.
Ute Mahlers Bilder bewahren etwas von »dem Dazwischen« auf. tos



Doch für mich gab es ein Zurück – in den Westen. Und das ging viel schneller als ich gedacht hatte.



Foto: alg-images/dttdbarchiv.de

»Rote Socke« in Brieske

Wie ich einmal fast den Aufbau Ost sabotiert hätte: Eine Woche als Besserwessi 1991 in der Niederlausitz. Von Reinhard Schwarz

Aufbau Ost – da war doch noch was? Genau: Vorher kam der Abbau Ost. Die Zerschlagung und Verscherbelung der ostdeutschen Betriebe, Kombinate und VEBs. Viele »Wessis« strömten gleich nach dem Mauerfall gen Osten, denn es gab etwas zu verdienen. Glücksritter aller Couleur machten sich auf den Weg: Versicherungsheimis, Bananenhändler, Gestrandete und Gescheiterte und Besserwisser, bald auch schon als »Besserwessi« apostrophiert. Zu letzteren zählte auch der Autor dieses Textes im Jahr 1991. Selbst ohne Job, griff ich damals nach jedem Strohalm.

Es begann in einem Hinterzimmer im »Borchers«, einer damals sehr angesagten Kneipe im Hamburger Stadtteil Eppendorf – nur einen Steinwurf von der Gedenkstätte Ernst Thälmann entfernt ... Irgendjemand gab den Tipp, sich doch bei einer der wie Pilze aus dem Boden schießenden Weiterbildungsgesellschaften zu bewerben. Diese sollten den »Ossis« die Segnungen der Marktwirtschaft beibringen und das Bewerbungsgespräch – die Kunst, sich zu verkaufen, Interesse zu heucheln, auch wenn man nur einen Job sucht.

Doch zunächst stand das eigene Bewerbungsgespräch an. Um einen

Kneipentisch hatte sich etwa ein knappes Dutzend Interessenten versammelt. Alle waren sie auf Arbeitssuche: angehende oder abgebrochene Juristen, Volkswirtschaftler, Betriebswirtschaftler und – meine Person – ein arbeitsloser Politologe. »Brotlose Kunst«, hatte es damals schon geheißt nach meinem Wechsel vom Studium der Rechtswissenschaft zur Politikwissenschaft Ende der 1970er Jahre. War ja klar, das konnte nichts werden.

Doch es kam anders. »Kein Problem«, sagte der Anwerber in die Runde, als ich ihm von meinem Diplomabschluss berichtete. Er selbst habe bis vor kurzem Holzfußböden verlegt, und das als jemand mit einem akademischen Abschluss. Doch das war gestern. Flugs hatte er mit Kompagnons eine florierende Weiterbildungsgesellschaft gegründet, eine Lizenz zum Gelddrucken, wie sich bald herausstellte. Die Klientel lag im Osten – tausende Kurzarbeiter und Arbeitslose, deren Qualifikationen von heute auf morgen nichts mehr wert waren.

Auch brotlose Künstler wie ich würden nun also, gen Osten geschickt, vom Zusammenbruch profitieren. Ging es doch darum, den ehemaligen DDR-Bürgern die Vorzüge

der Marktwirtschaft zu erläutern und nebenbei etwas Bewerbungstraining zu machen. Das müsste doch zu schaffen sein. »Marktwirtschaft« – doch nur ein anderes Wort für Kapitalismus, dachte sich der Bewerber, behielt aber diese Erkenntnis dann doch lieber für sich. Auch im Westen hatte man gelernt, im richtigen Moment zu schweigen. Schließlich ging es hier um den Lebensunterhalt, und da nahm man einige ideologische Verrenkungen in Kauf. Die hohe Kunst der Verstellung, die sich als »Flexibilität« ausgibt.

Eine Frau meinte noch fachkundig, man müsse doch mal sehen, ob diese Ossis überhaupt »teamfähig« seien. »Dumme, arrogante Kuh«, dachte der Politologe und schwieg. Dann war die Bewerbungsrunde beendet, jetzt ging es darum, wie man zur neuen Wirkungsstätte gelangt. Es bildeten sich Fahrgemeinschaften. An einem Sonntagabend im Juni 1991 ging es los in den »wilden Osten«.

»Der Osten« – das war Senftenberg in der Niederlausitz, genau genommen war es ein Ortsteil von Senftenberg: Brieske. Im dortigen Kulturhaus sollten die »marktwirtschaftlichen Orientierungskurse« stattfinden. Doch zunächst ging es um die Unterkunft. Jeder der zu-

künftigen Dozenten bezog eine möblierte Einraumwohnung in einem mehrstöckigen Plattenbau im Ort Schwarzhöhe, das zu DDR-Zeiten vom dortigen Braunkohlenkombinat lebte. Schon 1990 hatte die westdeutsche BASF das Unternehmen aus der Konkursmasse der Treuhand erworben. Meine geräumige Einzimmerwohnung war eigentlich ganz okay, doch bald stellte sich heraus, dass sich jetzt im Sommer hier die Luft staute, weil es keinen Durchzug gab. Es war stickig. Aber da wir die meiste Zeit im Senftenberger Ortsteil Brieske unterrichteten, würde das nur abends oder nachts ein Problem sein.

Dann der Praxisschock. Die entscheidende Frage war: Was erzähle ich arbeitslosen Ex-DDRlern und Menschen in Kurzarbeit? Dass der Kapitalismus die Schuld hat? Das ging eigentlich nicht, sagte mir mein Realitätssinn, wo doch gerade eben der real existierende Sozialismus gescheitert war und die »Marktwirtschaft« der BRD fröhlich prosperierte und sich als alternativlos darstellte.

Also ging es erst einmal um Bewerbungsgespräche: Einer verließ zunächst den Raum, das war der Bewerber. Zwei oder drei andere mimten die Personalchefs der Firma XYZ

und stellten mehr oder weniger intelligente Fragen.

»Wo liegen Ihre Schwächen, wo liegen die Stärken? Was haben Sie vorher gemacht?« Ach so, 20 Jahre Kantinenkraft im Braunkohlentagebau. Hm, ja. Nicht schlecht, aber wer suchte zu dieser Zeit eine Kantinenfrau aus dem Braunkohlentagebau? Irgendwann ging es um anderes. Sie wollten reden, sich mitteilen, ich hörte zu. Viele beklagten sich über meine Vorgänger, darunter – oh, Schreck – eine Türkin. Eine »Ausländerin«. Die hätte sie sogar beschimpft. Ich, der Politologe, sei übrigens der erste, der ihnen wirklich mal zuhörte. Ein Lob, immerhin. Ja, zuhören, das konnte ich schon immer ganz gut. Aber reden? Lieber nicht. War ich hier wirklich richtig?

Aber auch ich konnte das Besserwissen nicht abstellen. Die Industrie der DDR war keineswegs »Weltniveau«, wie stets behauptet wurde, erklärte ich. Der Maschinenpark war veraltet. Woher ich das wusste? Na ja, stand doch überall in den Zeitungen. Und der Sozialismus. Auch so ein Thema. Offenbar war die DDR einfach noch nicht der »wirkliche« Sozialismus, wie ihn Marx, Lenin und Trotzki gewollt hätten. Und damit war es heraus. Marx, Lenin und Trotzki – jetzt hatte ich mich geoutet. Meine Zuhörer zuckten wohl innerlich zusammen, als sie die Namen der Säulenheiligen des Sozialismus/Kommunismus vernahmen. Und auch noch in einem Atemzug mit Trotzki, dem Verfemten, dem mit der »permanenten Revolution«.

Dabei hatte ich sogar über Rudolf Bahros in den 1970er Jahren erschienene »Alternative« eine voluminöse Semesterarbeit geschrieben, für die ich von meinem Dozenten ein dickes Lob erhielt. Ich kannte mich aus, dachte ich. Ich fühlte mich meinen Zuhörern näher. Und wollte mit ihnen teilen. Das frühere SED-Mitglied Bahro hatte eine »Kulturrevolution« für die DDR gefordert, die ökologische Frage aufgeworfen, sich auf die Erkenntnisse des Club of Rome berufen, die Blockkonfrontation kritisiert und war zu acht Jahren DDR-Knast verurteilt worden. Meine braven Zuhörer ließen sich nichts anmerken. Vermutlich hatten sie in Jahrzehnten DDR-Alltag gelernt zu schweigen.

Schon bald wurde klar: Diesen Leuten konnte ich nichts erzählen. Weder über die Marktwirtschaft noch über den Sozialismus, den sie in seiner »realen« Gestalt selbst jahrein, jahraus erlebt hatten. Der ihnen aber zumindest ein gewisses Maß an materieller Sicherheit gegeben hatte, ein Auskommen. Die gelernten DDR-Bürger wollten jetzt von Theorie und Ideologien nichts mehr wissen. Vielmehr wollten sie ihre alten Jobs zurück oder zumindest neue haben. Doch es gab kein Zurück mehr.

Doch für mich gab es ein Zurück – in den Westen. Und das ging viel schneller als ich gedacht hatte. Ein, zwei Tage nach meinen gedanklichen Ausflügen zu Marx und Lenin nahm mich der Chef beiseite. »Ich habe gehört, du fühlst dich hier nicht ganz wohl?«, fragte er und klang dabei ernsthaft besorgt. Ich bestätigte zähneknirschend. Aufgeben kam für mich eigentlich nicht in Frage. Paukte ich doch bereits jeden Abend Vertragsrecht, um auch inhaltlich-substanziell etwas mehr bieten zu können als nur die Frage nach den Schwächen und Stärken meiner Klienten.

Als ich wieder vor meiner »Klasse« stand, kam der Chef plötzlich hinzu und sagte vor allen Leuten, ich wäre »eine rote Socke, röter geht es nicht mehr«. Damit war klar, dass für mich hier Schluss war. Plötzlich machte sich Erleichterung in mir breit. Kein Bewerbungstraining mehr, kein Schönreden von Marktwirtschaft mehr, kein stickiger Plattenbau mehr.

Doch woher wusste der Chef von meinen erfolglosen Versuchen einer Theoriedebatte? Es musste ihm jemand gesteckt haben. Klar wurde mir, dass meine Schäfchen ihm das mitgeteilt hatten, in gesamtdeutscher Tradition hinter meinem Rücken. Mir direkt ins Gesicht konnten sie es offensichtlich nicht sagen. Mein Auscheiden nach fünf Tagen wurde mir dennoch versüßt mit einem Barscheck in Höhe von 1500 D-Mark. Damals nicht wenig für eine Woche Arbeit und die Erkenntnis, dass ich der falsche Mann am falschen Ort war. Der Aufbau Ost jedenfalls musste nun ohne mich weitergehen.

Gesamtdeutsche Besoffenheit

Peter-Michael Diestel und Oskar Lafontaine »streiten« sich über die Sturzgeburt der Einheit. Von Stefan Bollinger



Foto: Robert Michel

Zwei »bunte Hunde«, wie sie gelegentlich titulierte werden, liefern sich unter Frank Schumanns sanfter journalistischer Regie ein »Streitgespräch«. Beim dem einen handelt es sich um den früheren DDR-Vize-Premier und Innenminister, DSU-Mitgründer und Generalsekretär Peter-Michael Diestel, Jahrgang 1952. Er ist stolz darauf, als einer der ersten die deutsche Einheit gefordert zu haben. Heute ist er gut beschäftigter Anwalt mit Herz für den Staat, den er 1990 mit zu beerdigen half, zugegebenermaßen mit weit mehr Verstand und Rücksicht auf die Menschen als viele seiner ost- und vor allem westdeutschen Politikerkollegen.

Sein Widerpart ist der ebenso umtriebige, erfolgreiche und doch – gleichwohl westdeutscher Herkunft – nicht obsiegende Oskar Lafontaine, heute 72 Jahre alt. Er machte in der SPD einen steilen Aufstieg: saarländischer Ministerpräsident, 1990 Kanzlerkandidat der SPD und SPD-Vorsitzender sowie kurzzeitig Finanzminister in Schröders Kabinett.

Lafontaine hat sich mit seinen Bedenken und seiner Mahnung vor den Kosten der Einheit in Zeiten gesamtdeutscher »Besoffenheit« nicht durchzusetzen vermocht. Das lag sicher auch an den weltpolitischen Gegebenheiten. Seine Vorstellung, das Weltfinanzsystem umzukrempeln, brachte ihm seitens des Politveteranen Henry

Kissinger den Verweis ein, nicht und nimmer würde die Wall Street das zulassen. Lafontaine wurde von den eigenen Genossen verraten. Er zog die Konsequenzen, kehrte der Partei den Rücken, verschrieb sich erfolgreich einem Projekt links der zu einer Kriegs- und Hartz-IV-Partei verkommenen SPD und war Ko-Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Heute agiert er – etwas zurückgezogen von der zu reformistisch gewordenen Bundespartei – im Saarland, leitet die dortige Fraktion und macht gelegentlich mit kernigen Aussprüchen links der Linkspartei-»Linie« von sich reden. Dem bissigen Seitenhieb Diestels, der seiner CDU treu geblieben ist und sich dennoch als Freund von Lothar Bisky und Gregor Gysi sah und sieht, widerspricht er nicht. Diestel sagt, er habe die politische Konkurrenzpartei um das Trio Bisky-Gysi-Lafontaine »beneidet«: »Eine Partei, die solche Leute an der Spitze hat, ist in Deutschland unschlagbar, die mischt den Laden auf, dachte ich damals. Und ich bin maßlos enttäuscht, dass diese Partei daraus so wenig gemacht hat. Maßlos!«

Können die beiden sich überhaupt richtig streiten? Obwohl in verschiedenen politischen Lagern stehend vereint sie ein tröstendes Politikverständnis, das Diestel wie folgt formuliert: »Letztlich ist es egal, in welcher politischen Partei man ist, welche einem nahe steht oder welche man wählt. Entscheidend ist das En-

gagement für das Gemeinwesen, für die Demokratie, für ein gerechtes Miteinander.«

In vielen Punkten sind sie sich einig: Die Demokratie ist weitgehend ausgehebelt durch die »Diktatur der Finanzmärkte«. Hier hätte sich der Leser allerdings das Benennen von Ross und Reiter gewünscht, nicht nur einen Disput über anonyme Mächte. Beiden ist die Warnung wichtig: Das heutige Deutschland beanspruche zum Leidwesen seiner Nachbarn eine hegemoniale Rolle in Europa. Lafontaine erinnert an die Bedenken Londons und Paris im Einigungsprozess. Dort wollte man einen Hegemon in Europa verhindern und glaubte dies zu erreichen, wenn man die Vormacht der Bundesbank breche. »Deshalb sollte die D-Mark verschwinden. Das gelang ihnen mit dem Euro. Allerdings: Damit war zwar die Dominanz der Bundesbank gebrochen, nicht aber die politische Vormachtstellung der Bundesregierung im Euro-Raum.« Zu ergänzen wäre: Vor allem gelang es nicht, die deutsche Wirtschaftsmacht zu brechen oder wenigstens zu bändigen.

Der Saarländer erklärt sodann, dass all dies nicht die Sorge der USA war. »Deren Interesse war eindeutig darauf gerichtet, den Einflussbereich der USA in Europa immer weiter nach Osten auszudehnen. An dieser Strategie hat sich bis heute nichts geändert.« Im Vorbehalt gegen das hege-

moniale Deutschland sind sich die beiden also einig. Vorbei seien die Zeiten deutscher Bescheidenheit, heute will die politisch und wirtschaftlich herrschende Kasse – personifiziert in Merkel und Schäuble – zeigen, wer das Sagen auf dem Kontinent hat. Der Hebel ist die Währungsunion, die Ungleichheiten und Benachteiligungen in Europa zementiere. Für den ökonomisch versierten Lafontaine ein zwingender Fakt. Gerade deshalb hält er die Währungsunion für gescheitert – in Deutschland wie im Euro-Raum.

Diestel betont immer wieder, dass es 1989/90 keine Alternative zur deutschen Einheit gegeben habe, die Menschen wollten und erzwangen sie. Erst im Nachhinein, gesteht Diestel, habe er die Berechtigung der Zweifel des damaligen SPD-Kanzlerkandidaten erkannt. Während sich beide Politiker einig sind, dass die Verteufelung der DDR trotz all ihrer Schwächen und ihres wohl nicht zu vermeidenden Untergangs kontraproduktiv ist, gibt es unterschiedliche Akzente in der Antwort auf die Frage, wer denn daran schuld sei.

Diestel betont die eigenständige, eigenwillige Suche der Menschen auf der Straße nach Veränderung. Lafontaine hebt die innere Widersprüchlichkeit der DDR und deren Demokratiedefizit hervor. Gleichzeitig lehnt er den in seiner Partei üblichen Verweis auf internationale

Zwänge ab, wobei er selbst die Verantwortung der Sowjetunion für die DDR betont und die weitergehenden Interessen der USA herausstellt. Es diktierte US-amerikanischer Expansionsdrang. »Die Beendigung der deutschen Zweistaatlichkeit war dafür Voraussetzung, man kann auch sagen: ein nettes Nebenprodukt der geplanten und realisierten NATO-Osterweiterung.«

Die Folgen für die DDR sehen beide ähnlich: Die überstürzte Einführung der D-Mark führte zum Zerbrechen der Kombinate und damit der ökonomischen Strukturen der DDR, anstelle der aus verantwortungsvollen Posten verdrängten Ostdeutschen kamen mittelmäßige, überbezahlte westdeutsche »Flachzangen«, wie Diestel es zuspitzt. Letztlich wurde nicht geprüft, was in der DDR funktionierte und zu übernehmen wert gewesen wäre. Das notwendige und logische Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, das Experiment DDR, wurde in Bausch und Bogen verdammt. Zu lesen, wie Diestel und Lafontaine über die DDR und die Vereinigung denken, regt zu Zuspruch wie Widerspruch an und vermittelt auf jeden Fall wertvolle Anregungen.

Peter-Michael Diestel/Oskar Lafontaine: Sturzgeburt. Vom geteilten Land zur europäischen Vormacht. Streitgespräch zur Deutschen Einheit. Das Neue Berlin. 224 S., br., 14,99 €.

Die Einheit war ein nettes Nebenprodukt der geplanten NATO-Erweiterung.

Keine vaterlandslosen Gesellen

Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler und Wolfgang Thierse über sozialdemokratische Positionen und Kontroversen 1989/90. Von Karlen Vesper

Es ist verwunderlich, dass ausgerechnet ER, der kürzlich verstorbene Doyen der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik, an diesem Band nicht mitgewirkt hat. Das Buch verließ vor seinem Tod die Druckerpresse. Man kann ihn nicht mehr fragen, er hätte sich gewiss auch diplomatisch zurückgehalten und höchstens off the record geantwortet. Dabei wurde gerade Egon Bahr wie kein zweiter Sozialdemokrat von Unionspolitikern und deren Journaillieblingen der 1990er Jahre mit unlauteren Vorwürfen attackiert: Er und sein Freund Willy Brandt hätten mit der Ostpolitik und den Black Channels nach Moskau die deutsche »Wiedervereinigung« über Jahrzehnte hinausgezögert. Bahrs gebetmühlenartig den

Kritikastern entgegengehaltener Hinweis, »Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt in Moskau«, wurde verhöhnt. Dabei teilte Kohl diese Einsicht, weshalb er nicht schnell genug 1990 Gorbatschow seine Aufwartung machen konnte.

Den editorischen Hut hatte hier Hans-Jochen Vogel auf. Im Vorwort unterstreicht er das Anliegen, »mit Fakten zu belegen, welchen wesentlichen Beitrag die deutsche Sozialdemokratie zum Zustandekommen der deutschen Einheit geleistet hat«. Denn noch immer wird der ruhmreichen Sozialdemokratie das Etikett aufgeklebt, ein Verein »vaterlandsloser Gesellen« zu sein. Vogel konzediert, dass die Partei 1989/90 »infolge einander widersprechender Äußerungen mitunter ein sehr unein-

heitliches Bild abgegeben hat«. Schuld daran seien »insbesondere unabgestimmte öffentliche Verlautbarungen des damaligen Kanzlerkandidaten« gewesen. »Die Partei insgesamt und ihre Bundestagsfraktion haben jedoch den Einigungsprozess keineswegs behindert, sondern ihn im Gegenteil kontinuierlich aktiv unterstützt und wichtige Anstöße sogar vor der Union gegeben.«

Hans-Jochen Vogel wäre nicht Bundesminister, nicht Regierender Bürgermeister von Berlin, nicht Kanzlerkandidat und nicht SPD-Fraktionsvorsitzender geworden, hätte ihn besondere Bescheidenheit ausgezeichnet. So zielt er sich auch nicht, vor allem seine Beiträge zur Einheit hervorzuheben. »Am 28. November spreche ich mich ebenso wie

nach mir Kohl im Bundestag für eine Konföderation als Schritt auf den Weg zur deutschen Einheit aus.« Er habe auch viel früher als Kohl für den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes geworben, der Kanzler erst nach Anhörung von Staats- und Verfassungsrechtlern am 5. März 1990. Andere Unionspolitiker, so Richard von Weizsäcker, votierten sogar noch bis in den Sommer hinein für Artikel 146. Zudem: Auch Unions- und FDP-Politiker hätten sich einst bei Erich Honecker die Klinke in die Hand gegeben. Vogel zitiert sodann aus Papieren von Fraktions- und Präsidiumssitzungen. Interessant sind die Einblicke in die heftigen Debatten im Parteivorstand, nicht nur mit Oskar Lafontaine. Während Johannes Rau, Hans-Ulrich Klose oder

Klaus von Dohnanyi die Einheit stante pede proklamieren wollten, plädierten Bahr, Gerhard Schröder, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Walter Momper »auch aus Sorge vor einem Ausbruch nationaler Leidenschaften und einer Belastung des Verhältnisses zu unseren Verbündeten und unseren europäischen Nachbarn für eine größtmögliche Behutsamkeit.«

Vogel hat sich Erhard Eppler ins Boot geholt, der wie die Genossen seiner Generation stets die »Einheit im Hinterkopf« hatte. Er erinnert an die Stalin-Note von 1952, würdigt Brandts Ostpolitik, begründet die Notwendigkeit und Richtigkeit des SPD-SED-Dialogpapiers 1987 und verweist auf seine Rede am 17. Juni '89, in der er den Kollaps der DDR innerhalb von zwei Jahren prophezei-

te: Man könne niemanden daran hindern, »sich selbst zugrunde zu richten«. Last but not least preist Wolfgang Thierse die (Neu-)Gründung der Sozialdemokratie in der DDR als »die radikalste Infragestellung der SED-Herrschaft« und lobt ein SDP-Plädoyer für die deutsche Einheit bereits im Januar 1990: »Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen.« Man vermisst im Buch indes ein klares Bekenntnis zur tatkräftigen Beteiligung westdeutscher Sozialdemokraten (stellvertretend sei hier nur Thilo Sarrazin genannt) an der beispiellosen Enteignung der Ostdeutschen.

Hans-Jochen Vogel/Erhard Eppler/Wolfgang Thierse: Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit. Herder. 286 S., geb., 19,99 €.



Foto: imago/Heiko Feddersen

25 durchwachsene Jahre

Die DGB-Gewerkschaften leiden noch immer unter den Nachwendenederlagen.
Von Rainer Balcerowiak

Das Jahr 2015 ist auch für die Gewerkschaften Anlass, auf den vor 25 Jahren erfolgten Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zurückzublicken. Auf einer Konferenz mit dem Titel »25 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Perspektiven aus gewerkschaftspolitischer Sicht« wollte die IG Metall das Erreichte resümieren und die kommenden Aufgaben skizzieren.

Eine Erfolgsgeschichte sind diese 25 Jahre aus gewerkschaftlicher Sicht nicht unbedingt. Nachdem sich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) am 30. September 1990 offiziell aufgelöst hatte, bemühte sich der westdeutsche DGB um eine schnelle Übernahme der DDR-Einzelgewerkschaften und ihrer Mitglieder in die eigenen Strukturen. Wenige Monate zuvor hatten die Bundesvereinigungen der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit ihrem Präsidenten Klaus Murmann und der DGB in einer gemeinsamen »Erklärung zu einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung in beiden deutschen Staaten« klare Vorgaben formuliert.

Nach dem Zusammenbruch der DDR könne es wirtschafts- und sozialpolitische Fortschritte »nur im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung geben«, heißt es dort. Der DGB-Vorsitzende Heinz Werner Meyer erklärte die Perspektive des Vereinigungsprozesses folgendermaßen: »Wir haben zwar auch noch keine Umwandlung einer zentralen Kommandowirtschaft in eine Marktwirtschaft miterlebt, aber wir haben Erfahrungen mit wirtschaftlichem Strukturwandel, betrieblichen Umstrukturierungen, mit Personalplanung und mit Sozialplänen, mit Mitbestimmung und Rationalisierungsschutz, mit Tarifpolitik und Arbeitsmarktpolitik, auf die sich unsere Kolleginnen und Kollegen in der DDR stützen können.« Als mittelfristiges Ziel formulierten die Gewerkschaften – wie auch die großen Parteien und Verbände – die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in allen Teilen des vereinigten Deutschlands.

Kurzzeitig bescherte die FDGB-Übernahme den DGB-Gewerkschaften einen imposanten Mitgliederzuwachs, von 7,9 auf knapp zwölf Mil-

lionen im Jahr 1991. Doch die Abwicklung der DDR-Wirtschaft führte zu Massenarbeitslosigkeit und zur Deindustrialisierung ganzer Regionen. So sank die Zahl der Industriearbeitsplätze von 1990 bis 1997 von drei Millionen auf 500 000. Dem hatten die DGB-Gewerkschaften wenig entgegenzusetzen. Im Gegenteil: Jene Kollegen, die sich hartnäckig gegen die Schließung ihrer Betriebe wehrten, wie beispielsweise die Kalikumpel in Bischofferode, mussten die bittere Erfahrung machen, dass »ihre« Gewerkschaften in manchen Fällen eher die Interessen der Belegschaften in westdeutschen Standorten der jeweiligen Firmen beziehungsweise Branchen im Auge hatten als den konsequenten Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze im Osten. Auch eine wohl historisch zu nennende Niederlage der IG Metall ist in diesem Kontext zu sehen. Im Jahr 2003 wollte die Gewerkschaft für die seinerzeit 310 000 Beschäftigten der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie die im Westen bereits erkämpfte 35-Stunden-Woche durchsetzen. Trotz großer Kampfbereitschaft und wochenlangen Streiks

wurde dieser Tarifkampf im Juni ergebnislos abgebrochen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Druck einflussreicher IG-Metall-Funktionäre und Betriebsratsvorsitzender aus den großen Standorten der westdeutschen Automobilindustrie, die ihre Kernklientel vor Auswirkungen der Streiks durch gestörte Zulieferketten schützen wollten.

Von diesen Niederlagen hat sich die Gewerkschaftsbewegung im Osten bis heute nicht ganz erholt. Der Organisationsgrad ist deutlich geringer als im Westen, entsprechend niedrig ist die Tarifbindung. Nur 37 Prozent der Beschäftigten unterliegen Branchentarifverträgen, im Westen sind es 53 Prozent. Nach wie vor gibt es in einigen Branchen spezielle Ost-Tarife, die unter dem Westniveau liegen. Bis vor wenigen Jahren warben ostdeutsche Länder sogar mit dem Argument für Investitionen, dass die Lohnkosten deutlich niedriger als im Westen seien. Die Effektivlöhne liegen im Osten bei vergleichbaren Tätigkeiten aktuell rund 20 Prozent unter dem Westniveau, und dies seit zehn Jahren fast unverändert.

Auch der aktuelle IG-Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel zog für seinen Bereich eine eher durchwachsene Bilanz zum Einheitsjubiläum und sieht das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse noch in weiter Ferne. Zwar sei es gelungen, »neue industrielle Cluster« zu schaffen, insbesondere in der Automobilindustrie und ihrer Peripherie, doch diese seien auch geprägt von prekären Arbeitsverhältnissen, vor allem durch den »Missbrauch der Leiharbeit«. Ostdeutschland sei zum »Einfallstor für Tariffucht geworden«, sagte Wetzel.

Aus gewerkschaftspolitischer Sicht ist daher die Stärkung der Tarifbindung ein entscheidender Hebel, um eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Und dies sei nur mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad durchzusetzen. Außerdem müsse die Politik dieses Ziel in den ostdeutschen Bundesländern durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen unterstützen. Zum Beispiel könnte die Vergabe von Fördermitteln an die Einhaltung tariflicher Standards gebunden werden.

Kurzzeitig bescherte die FDGB-Übernahme den DGB-Gewerkschaften einen imposanten Mitgliederzuwachs, von 7,9 auf knapp zwölf Millionen im Jahr 1991.

Straßen hui, Arbeit pfui

Unterschiede zwischen Ost und West gibt es insbesondere bei Beschäftigungsverhältnissen und Löhnen. Von Jörg Meyer

Es waren ehrgeizige Pläne, und sie konnten nicht eingehalten werden – von der »Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« zur »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse« im Grundgesetz bis hin zur Feststellung der Bundesregierung im Jahresbericht 2014, dass es regionale Unterschiede in Deutschland »immer geben« werde.

Im Jahr 25 nach dem Beitritt der DDR zum Gebiet der Bundesrepublik ziehen Wissenschaftler des IMU-Instituts in Berlin im Auftrag des IG-Metall-Vorstandes Bilanz und werfen einen Blick nicht nur auf die Infrastruktur, die Demografie, die Arbeit und die Wirtschaft in Ost und West. Die Ergebnisse sind teilweise ernüchternd.

Was die Verkehrsinfrastruktur angeht, so habe Ostdeutschland weit-

gehend westdeutsche Standards erreicht, schreiben Gregor Holst und Walter Krippendorf in dem Papier. Signifikante Unterschiede in Erreichbarkeiten über Straße, Schiene, Luft- und Wasserwege seien nicht festzustellen. Bei der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen liegt Ostdeutschland sogar mit Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern in Führung. Doch damit ist es auch der guten Nachrichten schon genug.

Angesichts der demografischen Entwicklung gerieten besonders die sozialen Infrastrukturen wie Nahverkehr, Bildung, Gesundheit, öffentliche Dienstleistungen unter Druck, »weil sie in der bisherigen Form kaum aufrechtzuerhalten und zu finanzieren sind«. Eine Folge könnte Landflucht sein, die gegenwärtige Entwicklungen noch verstärken könnte.

Während in Ostdeutschland die Alterung der Gesellschaft vor allem auf der abnehmenden Zahl der Jungen basiert, ist es im Westen die Zunahme der Zahl der Alten. Neben dem Geburtenrückgang sieht die Studie als Grund besonders die Binnenwanderung, »deren Saldo zwischen 1989 und 2013 stets zu Gunsten West- und zu Ungunsten Ostdeutschlands ausfällt«. Im Ergebnis wird im Osten ein Anstieg des Altenquotienten (dem Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20- bis 65-Jährigen) von 35 auf 65 Prozent bis zum Jahr 2030 und im Westen von 31 auf 51 Prozent prognostiziert. Gerade jüngere Menschen und Frauen ziehen von Ostdeutschland nach Westdeutschland, was den Trend der alternden Bevölkerung noch verstärkt.

Die wirtschaftliche Angleichung sei im Jahr 2005 weitgehend zum Erlie-

gen gekommen – nachdem er Osten bis Mitte der 1990er Jahre und Anfang des Jahrtausends zwei Wachstumsphasen erlebte. »Allein das Halten der bestehenden Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft wir von einigen Autoren als Herausforderung angesehen«, heißt es in der Studie. Dafür verantwortlich: strukturelle Unterschiede. In Ostdeutschland habe sich nach 1990 eine kleinteiligere Industrie- und Betriebsstruktur herausgebildet. Es gibt kaum überregionale Wirtschaftscluster, mittlere und große Unternehmen sind wenig präsent, und durch das niedrigere Lohnniveau ist es auch schwerer, die Fachkräfte zu halten. Eine gewisse Reindustrialisierung habe es aber gegeben: Wurden im Osten 1993 knapp 16 Prozent der gesamten Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes in Deutschland erbracht, wa-

ren es 2013 20 Prozent. Dennoch spielen sich fast drei Viertel der Wirtschaftsleistung im Osten im Dienstleistungsgewerbe ab.

Entsprechend mau sieht es bei den Arbeits- und Lohnbedingungen im Osten aus. Zwar hat die Beschäftigung um zwölf Prozent zugenommen, ein großer Teil davon beruht aber auf atypischer Beschäftigung – Minijobs, Teilzeit oder Leiharbeit. Wer nun denkt, dass die verknappte Ware Arbeitskraft bei steigender Nachfrage teurer zu verkaufen ist, liegt falsch. Die Löhne haben sich auf rund 77 Prozent des Westniveaus angeglichen, aber das fand weitgehend vor dem Jahr 1995 statt. Seitdem ist die durchschnittliche Einkommensdifferenz stabil. Tarifbindung und gewerkschaftlicher Organisationsgrad sind dagegen in Ostdeutschland flächendeckend niedrig.

In mehreren Thesen bieten Holst und Krippendorf Lösungsvorschläge an, um die Lebensverhältnisse weiter anzugleichen. Dazu gehören Maßnahmen, um die soziale Infrastruktur zu modernisieren und zu erhalten, um letztlich dem Wegzug Einhalt gebieten zu können. Und wer dableibt und auch noch Arbeit hat, der oder die muss unter guten Bedingungen arbeiten, doch das braucht seine Zeit und einen langen Atem, schreiben die Forscher. »Es gibt keinen kürzeren Weg zur flächendeckenden Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West in der Industrie als den tarifpolitischen: die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und die Stärkung der Tariffähigkeit. Dies ist historisch und aktuell Bestandteil des Kerngeschäfts der Gewerkschaften auch im Angleichungsprozess.«

Schwerter zu Schwertern

Die NVA verschwand, ihre Waffen vagabundieren durch die Welt.
Von René Heilig



Schwerter zu Pflugscharen schmieden – eine Vision, der man mit der »Armee der Einheit« nicht näher kam.

Foto: UN Photo/JC McIlwaine

Anfang Oktober 1990 wurde dem NVA-Offizier Günter Jehlich vom 7. Mot.-Schützenregiment »Max Roscher« befohlen, sich nach Dresden zu begeben. Dort würden die neuen Chefs warten, die solle er ins Objekt nach Marienberg bringen. Der Marienberger Bus fuhr leer zurück, die 19 abzuholenden Bundeswehroffiziere waren selbstverständlich mit ihren privaten Autos in den Osten gekommen. In der Marienberger Kaserne hatten sich die alten Befehlshaber aufgebaut. Man stellte einander vor: Körper straffen, Name, Dienstgrad, Dienststellung ... Schweigen. Es wurde Mitternacht, die Neuen stimmten das Deutschland-Lied an. Wie in allen Ostkasernen zog Punkt 24 Uhr die Wache in neuer Uniform auf.

Die Nationale Volksarmee war Geschichte, die Bundeswehr für die Masse der Soldaten keine Perspektive. Die wenigen, die blieben, brabbelten, dass sie der Bundesrepublik Deutschland treu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer verteidigen wollten.

Im Grunde ist damit die ganze deutsche Militärgeschichte jener Jahre erzählt. Von 600 000 deutschen Soldaten behielt man 370 000. Wer heute über die Armee der Einheit faselt, fantasiert. Die sollte es nie geben – es hat sie gegeben.

Es gab beim organisierten Überlaufen zum Feind nicht einen einzigen Schuss. Dabei gab es davon viele Millionen Stück – von der Pistolenpatrone bis zu schweren Granaten. Laut dem noch immer nicht veröffentlichten »Bericht der Bundesregierung über den Abschluss der Verwertung des überschüssigen Materials der ehemaligen NVA« vom 31. Juli 1997 hatte man 303 690 t Munition der DDR-Streitkräfte zur Entsorgung übernommen. Das Erbe allerdings war weit größer, 98 440 t hat man an andere Länder verkauft oder verschenkt. Dazu addieren sich noch 12 521 t Munition aus dem Bereich der einstigen Volkspolizei.

Kein Zweifel, die Bundeswehr hatte mit dem Erbe viel Arbeit. Und gekostet hat die Einheit so einiges. Unter Strich standen zum Thema NVA-Abwicklung rund 1 415,8 Millionen D-Mark Minus in den Büchern. Was sich sicher wieder ins Positive kehrt, wenn man all die übernommenen Liegenschaften, Lazarette und Heime gegenrechnet. Doch das hat nie jemand gemacht, es wäre ohnehin unwichtig gewesen.

Zur Sicherung der Waffen- und Munitionsbestände konzentrierte man alles in rund 150 Lagern. Flugzeuge und Hubschrauber stellte man auf drei Flugplätzen ab, Schiffe und Boote sammelte man in drei, später zwei Häfen, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie an acht bewachten Orten.

Doch das Erbe kam der nun größeren Bundesrepublik auch sehr gelegen. Man erfüllte durch die Aussonderung des NVA-Militärmaterials jene deutschen Verpflichtungen, die sich aus den Wiener Beschlüssen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa ergaben. Im Einzelnen umfasst die Reduzierungsverpflichtung 140 Kampfflugzeuge – davon 140 aus NVA-Beständen, 2566 Kampfpfanzern – davon 1914 aus NVA-Beständen, 4257 gepanzerte Kampffahrzeuge – davon 4145 aus NVA-Beständen, 1632 Artilleriewaffen – davon 1344 aus NVA-Beständen. Man erfüllte die Wiener Vorgaben zudem nicht nur termingerecht Mitte November 1995, sondern bereits am 23. Mai 1995.

Jüngst, bei der Vorstellung der fast 1000-seitigen Biografie des Altkanzlers Gerhard Schröder, hörte man viel von der Golf-Kriegsverweigerung seiner rot-grünen Regierung. Ganz so zurückhaltend war die denn doch nicht. Neben der Rolle als Logistikdrehscheibe erfüllte Deutschland seine NATO-Funktion als Rüstungslieferant. Dank des NVA-Materials. Die Lieferungen erfolgten bis Ende 1991, da war der US-geführte Krieg gegen Irak schon längst beendet.

Die umfangreichsten Materiallieferungen gingen an die USA. Es handelte sich vor allem um ABC-Schutztechnik und Pioniergerät. Wo das geblieben ist, weiß keiner der Lieferanten. Auch Frankreich und Ägypten erhielten als Mitglieder der Anti-Irak-Koalition NVA-Material. Ebenso Israel. Verteidigungshilfe bekam die Türkei, die vor allem mit Ex-NVA-Maschinenpistolen und Schützenpanzerwagen den Bürgerkrieg gegen die PKK vorantrieb.

Die Regierung schickte das Militärmaterial in Krisen- und Kriegsgre-

»Eine regelmäßige Unterrichtung des Deutschen Bundestages über entschiedene Re-exportgenehmigungsanträge erfolgt nicht.«

Zitat: Bundesregierung

gionen, obwohl das den Rüstungsexportrichtlinien widersprach. Abgewiegelt wurden Proteste mit dem Hinweis, es handle sich ja nicht um einen richtigen Export.

In den Medien zeigte man Anfang der 90er Jahre vor allem die Verschrottung alter Ost-Panzer. Derweil lief der geheime Handel mit Ex-NVA-Ausrüstung schwingvoll. Stichwort Länderabgabe: Die Bundeswehr hat an 45 Länder und an die UNO Material verteilt. Griechenland beispielsweise erhielt drei Fla-OSA-Raketensysteme mit 924 Raketen, dazu Fla-Selbstfahrlafetten, 500 Schützenpanzer BMP-1, Panzerabwehrraketen, 158 Geschosserwerfer, Schützen- und Panzerminen und noch so einiges, was das Land nicht brauchte, das aber die NATO-Südflanke verstärken half. Indonesien bediente sich mit

Hilfe persönlicher Beziehungen eines Ministers zu ehemaligen, inzwischen einflussreichen deutschen Studienfreunden in der Marineabteilung. Der Beschaffungswert dieser NVA-Schiffe betrug etwa 1,7 Milliarden Mark der DDR. Durch die Bundeswehr wurde ein Zeitwert von 187 Millionen D-Mark berechnet. Das Umrechnungsverhältnis würde jeden Banker aus den Schuhen hauen. Wie viel Indonesien wirklich zahlte, ist nie öffentlich geworden.

Mit einer Reihe von Ländern schloss Deutschland Exportverträge. Fragte jemand im Parlament – was selten genug geschah, da man ja insgesamt froh war über den zügigen Fortschritt der »Verschrottung« –, dann zog sich die Regierung auf vereinbarte Geheimhaltung zurück. Manchmal jedoch tauchen NVA-Waffen ganz unverhofft wieder auf. Als sogenannter Reexport.

Zu Zeiten der DDR hatte die NVA 1112 BMP-1-Kampfmaschinen, die mit einer 73mm-Glattohrkanone, einem MG sowie mit Panzerabwehr-Lenkraketen bewaffnet sind und neben der dreiköpfigen Besatzung acht Soldaten transportieren können. Noch bis 1994 nutzte die Bundeswehr eine ganze Reihe dieser Fahrzeuge – nach bestehenden Normen zu BMP-1A1-Ost umgebaut. Die wurden dann, so wie der große Rest zuvor, verschertelt. Einige sollen nach Tschechien gelangt sein, 165 nach Finnland, mehrere hundert nach Schweden, wo sie unter der Bezeichnung Pansarbandvagn 501 genutzt wurden. Das skandinavische Land hat dann seit 2010 rund 350 der einstigen DDR-Schützenpanzer nach Tschechien an die Kriegswaffenfirma »Excalibur« verhökert. Durch den Krieg in Irak wuchs ihr Wert immens, denn die irakische Regierung bat um Ausrüstungshilfe. Schweden hatte ordnungsgemäß in Berlin nachgefragt, als es die Panzer nach Tschechien verkaufen wollte. Tschechien fragte, bevor man den Vertrag mit Irak unterschreiben konnte. Und Irak musste die deutsche Einspruchsklausel gleichfalls akzeptieren. Jedenfalls für die, die man nicht für IS-Milizen zur Abholung bereitstellte.

Die Bundesregierung selbst hat im Herbst 2014 Waffen, Fahrzeuge und Ausrüstung im Wert von rund 70 Millionen Euro nach Irak geschickt. Anfang 2015 wurden Güter für weitere

13 Millionen Euro genehmigt. Alles als sogenannte Länderabgabe.

Was ist der Unterschied zu gewöhnlichen Rüstungsexporten? Der Absender. Bei Rüstungsexporten verkauft ein deutsches Unternehmen Produkte ins Ausland, diese Geschäfte unterliegen Kontrollen durch Bundesministerien und werden im Bedarfsfall vom geheim tagenden Bundessicherheitsrat genehmigt. Länderabgaben, also die Abgabe von Altmaterial der Bundeswehr, erfolgen in Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums in Berlin.

Mit diesen Regelungen hat man »grundsätzlich gute Erfahrungen« gemacht, sagt das Verteidigungsministerium. Also alles perfekt? Nein. In einem Schreiben an den Verteidigungsausschuss des Bundestages liest man: »Die Bundesregierung prüft gleichwohl das gegenwärtige System der Endverbleibskontrolle im Hinblick auf Verbesserungsmöglichkeiten.« Dazu hat man Anfang Juli im Kabinett klammheimlich ein Eckpunktepapier verabschiedet. Inhalt? Unbekannt. Logisch, denn: Beratung und Beschlussfassung der Bundesregierung über Rüstungsexporte unterliegen generell »dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung« und der »Vertraulichkeit«. So kann man – bedauert die Bundesregierung auf Anfrage – auch die vom Auswärtigen Amt erteilten Unbedenklichkeitserklärungen nicht veröffentlichen.

Das Problem mit diesem grauen Waffenmarkt geht inzwischen weit über die Geheimhaltung beim Weiterverkauf der NVA-Waffen hinaus. Generell gilt – Zitat Bundesregierung: »Eine regelmäßige Unterrichtung des Deutschen Bundestages über entschiedene Reexportgenehmigungsanträge von ursprünglich aus Deutschland stammenden Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern erfolgt nicht.« Klar, denn der Umgang mit Reexportanfragen ausländischer Staaten oder Unternehmen für aus Deutschland bezogene Rüstungsgüter ist im deutschen Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollrecht »nicht speziell geregelt«. Warum? Weil sie »generell keine extraterritoriale Wirkung entfalten«, gab das Finanzministerium dem Linksfraktionshaushälter Michael Leutert Bescheid.

Eine weitere Nachfrage zu bereits stattgefundenen Reexporten der

NVA-Waffen ließ zudem Zweifel am deutschen Ordnungssinn wachsen. »Bezüglich der Abgabe bzw. Verwertung der NVA-Bestände seit den 1990er Jahren bis einschließlich 1994 sind keine Unterlagen mehr vorhanden.« Man könne nur aus den letzten zehn Jahren einiges rekonstruieren, sagt die Bundesregierung und listet zwölf belanglose Positionen auf, bei denen Ex-NVA-Kampftechnik der Verschrottung zugeführt oder zur Zieldarstellung an die Firma Rheinmetall abgegeben wurde.

Wenn keine Unterlagen mehr über den Export von NVA-Waffen existieren, ist auch alles Gerede über die durch die Bundesregierung ausgeübte Kontrolle dieser Waffen (weiter)verkäufe hohl. Es vagabundieren also nicht nur sogenannte Kleinwaffen durch die Welt. Offenkundig hat man in Berlin auch keinerlei Übersicht über Länderabgaben, die originäres Bundeswehrgerät betreffen. Es handelt sich um Schiffe, U-Boote, Panzer, Hubschrauber, Haubitzen, Fahrzeuge aller Art ... Schlamperei? Kaum. Es ist nur scheinbar ein Kuriosum der Geschichte, dass das Verschwinden einer ganzen deutschen Armee die Welt nicht waffenfrei und sicherer gemacht hat.

Ein Nachtrag zu den Marienbergern. Alle paar Jahre versammeln sich Ehemalige zumeist in einem Gasthaus zum »Weißt-du-noch-Treffen«. Es werden naturgemäß weniger Teilnehmer. Der Name des Kommunisten und Spanienkämpfers Max Roscher ist den heutigen Soldaten im alten Objekt unbekannt. Die Einwohner des Städtchens haben sich mit der »Erzgebirgskaserne« und dem 371. Panzergrenadierbataillon der Bundeswehr arrangiert. Dessen Soldaten sind zumeist kampferfahren. Während ihre NVA-Vorgänger maximal bis zum nächsten Übungsacker verlegt wurden, waren die Bundeswehrangehörigen schon auf dem Balkan und am Hindukusch. Nun sitzen sie seit einigen Monaten auf gepackten Containern, ihre »Marder«-Schützenpanzer und »Boxer«-Transporter sind abmarschbereit. Die Truppe gehört zur Very High Readiness Joint Task Force (VJTF). Das ist die ganz schnelle Speerspitze der NATO. Sie soll – wie bereits in Polen geübt – »den Russen« abschrecken. Falls der darauf Wert legen sollte.



Mi-8 der NVA im Bundeswehrdienst

Foto: nd/Robert Grah



BMP-1 der NVA – derzeit in Irak geschätzt

Foto: imago/Sven Simon



Typ 206, gebaut in Kiel, nun in aller Welt

Foto: dpa/Carsten Rehder

Länderabgabe und Länderverkäufe von NVA-Material

- Kampfflugzeuge: 21
- Schulflugzeuge: 24
- Passagier-/Transportflugzeuge: 6
- Kampfhubschrauber: 42
- andere Hubschrauber: 10
- Kampfpfanzern: 263
- gepanzerte Fahrzeuge: 1720
- Artilleriewaffen: 892
- gepanzerte Fahrzeuge: 998
- Schiffe und Boote: 55
- sonstige Marinefahrzeuge: 3
- Handfeuerwaffen: 372 200
- Munition: 98 440 t